

# Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

7/8  
2011

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

## POLITIK

Akropolis adieu:  
Widerstand im Mittelstand

## WIRTSCHAFT

Bürokratie-Abbau –  
viel zu langsam

## SERVICE

Betriebsprüfung –  
die Fahrtenbuch-Falle

## Unternehmens- Finanzierung privat



Interview mit  
Mike Mohring

# SCHNUPPERN SIE BERLINER LUFT

Drei große Ausstellungen von Emil Nolde berauschen dieses Jahr die Hauptstadt:

NOLDE/SCHUMACHER: VERWANDTE SEELEN (Februar bis Juni),  
DIE FARBE LEBT IM LICHT – EMIL NOLDE: MEISTER DES AQUA-  
RELLS (Juli bis Oktober), EMIL NOLDE. DIE RELIGIÖSEN  
BILDER – „TIEFE GEISTIGKEIT UND REICHSTE ORIENTALISCHE  
PHANTASTIK“ (ab November).

Informationen direkt in Berlin: 030-4000 46 90.



Emil Nolde

Berlin

am Gendarmenmarkt  
Jägerstraße 55  
[www.nolde-stiftung.de](http://www.nolde-stiftung.de)

Nolde.

Nolde Stiftung Seebüll  
Dependance Berlin

## FALSCH ARGUMENTE ZU EUROPA

Politik sollte mit dem Betrachten der Realität beginnen, nicht mit falschen Argumenten.

### 1. Argument: „Europa ist eine Soli- darunion“

Europa ist eine Wirtschafts- und Währungsunion, aber keine Haftungs- oder Transferunion. Einer Haftungs- und Transferunion steht das Bail-out-Verbot entgegen, demzufolge weder die Union noch die Mitgliedsstaaten wechselseitig für ihre jeweiligen Verbindlichkeiten haften oder dafür eintreten. Dies ist Ausdruck des allgemeinen Gedankens, dass derjenige, der über die Aufnahme von Schulden entscheidet, diese auch zurückzahlen muss.

### 2. Argument: „Die Finanzhilfen der EU sind keine Transfers, sondern verzinsliche Kredite“

Dies gilt für solide Schuldnerstaaten, nicht aber für überschuldete Länder. Kredite ohne Rückzahlungsperspektive sind Finanztransfers, auch wenn sie formell als Kredite gegeben werden.

### 3. Argument: „Griechenland hat ein Liquiditätsproblem, aber kein Solvenzproblem“

Griechenland hat sowohl ein Liquiditätsproblem, als auch ein Solvenzproblem. Die Wirtschafts- und Steuerkraft reicht nicht aus, um den erforderlichen Schuldendienst dauerhaft leisten zu können. Der Grund ist die fehlende Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Mit den Krediten der EU kann zwar die momentane Zahlungsfähigkeit wieder hergestellt werden, nicht aber die nachhaltige Schuldendienstfähigkeit.

### 4. Argument: „Griechenland kann mit den Sparauflagen wieder wettbewerbsfähig gemacht werden“



Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Er arbeitet als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg

### 5. Argument: „Zu Hilfen für Griechenland gibt es keine Alternative“

Die Alternative ist die Aussetzung der Euromitgliedschaft, ein realistischer Wechselkurs für die neue Währung und die Abwertung der Altschulden. Ein solches Programm ist eher durchzusetzen, als eine innere Abwertung, die Griechenland faktisch unter Kuratel der EU stellt.

### 6. Argument: „Eine Umschuldung Griechenlands gefährdet den Euro“

Die wirtschaftliche Größe Griechenlands ist dafür viel zu gering, und die Gläubiger haben eine Abwertung ihrer Forderungen längst eingepreist. Die Restrisiken sind durchaus beherrschbar. Notleidenden systembedeutsamen Banken kann frisches Kapital gegeben werden. Dies ist allemal günstiger als dauerhafte Transfers ohne Aussicht auf ein gutes Ende.

### 7. Argument: „Der Euro fördert die europäische Integration“

Dies gilt für Länder mit vergleichbarer Wirtschaftskraft. Im Verhältnis zu Ländern, die nicht wettbewerbsfähig sind, hat der Euro eine desintegrierende Wirkung. Er überfordert die Geberländer und provoziert Widerstände in den Nehmerländern.

Fiskalische Sparauflagen können zwar den Haushalt entlasten, wirken für die Wirtschaft aber restriktiv und vergrößern dadurch das Problem. Langfristig kann die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands als Mitglied der Eurozone nur durch eine „innere Abwertung“, d.h. durch Senkung der Preise und Löhne, Einkommen und Renten, wieder hergestellt werden. Dies ist in einer klientelorientierten Parteidemokratie politisch aber nicht durchsetzbar.

# JEDER- KANN- EIN- RETTEN- SEIN.de

Jeden Tag sterben weltweit  
5.000 Menschen an Tuberkulose.

Jedes Jahr erkranken weltweit  
250.000 Menschen neu an Lepra.

Spendenkonto 96 96  
BLZ 790 500 00

Mariannahillstr. 1c  
97074 Würzburg  
Tel: 0931 7948-0  
E-Mail: info@dahw.de

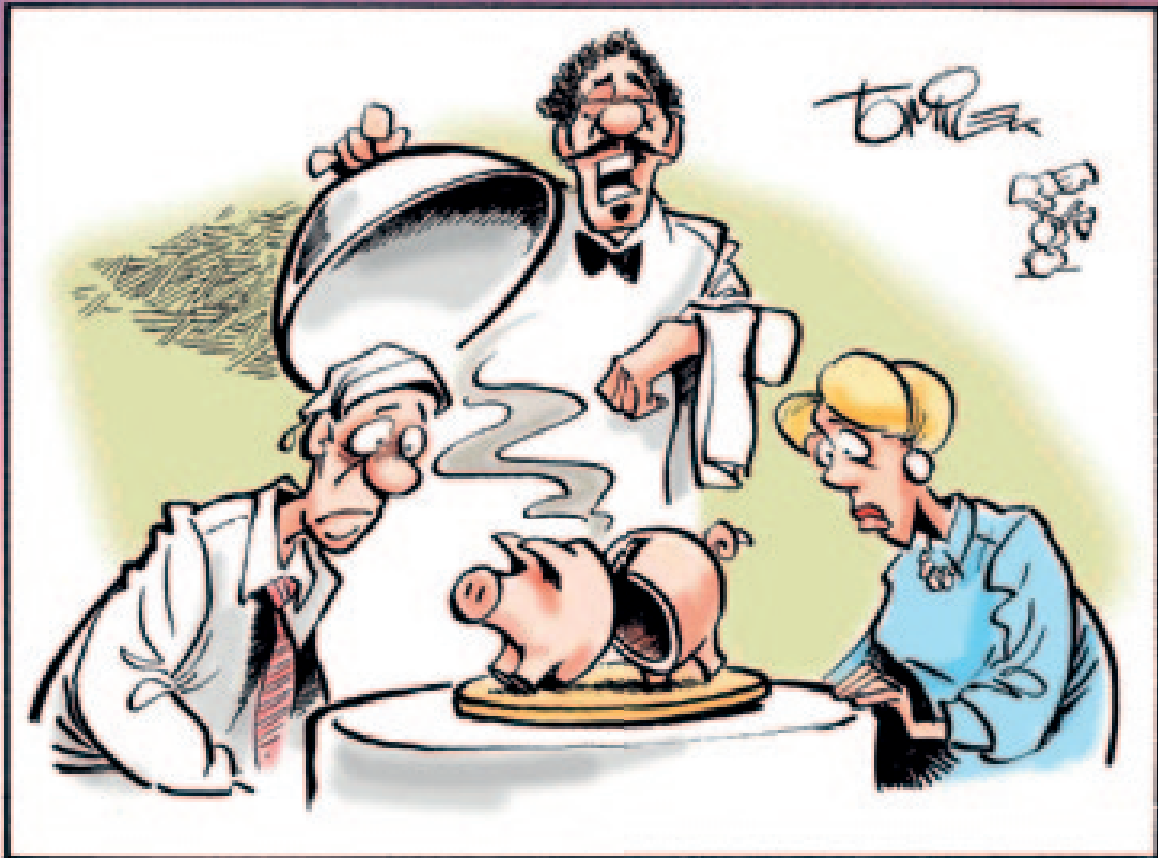
Deutsches  
Zentralinstitut  
für soziale  
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:  
Geprüft – Empfohlen

DAHW  
Deutsche Lepra- und  
Tuberkulosehilfe e.V.

## Die Seite-4-Karikatur



"... Griechische Platte!"

### Weisheiten

Kritik verweist in eigne Schranken,  
man sollte sich dafür bedanken.

Auch das gibt's, dass der Rezensent  
das rezensierte Werk nicht kennt ....

Er machte stets auf schönes Wetter  
und bohrte eifrig dünne Bretter.

Was man nicht selbst erfunden hat,  
macht man gern, wenn's gut ist, platt.

### Bosheiten

Schadenfreude ist gemein,  
deshalb muss sie auch manchmal sein.

Wenn unsere Konkurrenten schwächeln,  
entlockt uns das schon mal ein Lächeln.

Spott, sei er fein, sei er gehässig,  
ist streng genommen unzulässig.

Ich liebe Klatsch über andere Leute, aber  
Klatsch über mich interessiert mich nicht.  
Er besitzt nicht den Reiz der Neuheit.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, „Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“

# Wir bekennen uns zum Standort Deutschland!



- ▶ Die deutsche gewerbliche Unterhaltungsautomatenwirtschaft ist Teil der mittelständischen Wirtschaft!
- ▶ Wir zahlen jährlich über 1 Mrd. Euro an Steuern und Abgaben, davon ca. 250 Mio. Euro Vergünstigungssteuer an Städte und Gemeinden.
- ▶ Wir sichern rund 100.000 Arbeitsplätze – davon 75 % für weibliche Mitarbeiter!
- ▶ Seit 2008 bilden wir in zwei eigenständigen Automatenberufen aus:
  - Fachkraft für Automaten-service (2-jährig) (m/w)
  - Automatenfachmann/-frau (3-jährig)
- ▶ Der Spieler- und Jugendschutz sind Ausbildungsinhalte.

## Eine Information der deutschen Unterhaltungsautomatenwirtschaft.



Verband der Deutschen  
Automatenindustrie e. V.



Deutscher Automaten-  
Großhandels-Verband e. V.



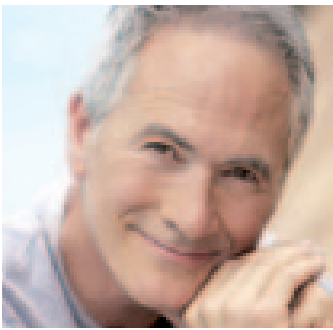
Bundesverband  
Automatenunternehmer e. V.



FORUM für Automatenunter-  
nehmer in Europa e. V.



AWI Automaten-  
Wirtschaftsverbände-Info GmbH



„Dank der Hilfe des  
WEISSEN RINGS kann  
ich wieder lachen.“

Michael M.

**Wir helfen  
Kriminalitätsofern!**

**Helfen Sie uns  
helfen!**

Spendenkonto 34 34 34  
Deutsche Bank Mainz  
BLZ 550 700 40

Auch ich/wir wollen etwas  
tun. Ich/wir möchten  
gerne Mitglied im  
WEISSEN RING werden.  
(Monatlicher  
Mindestbeitrag € 2,50,  
Ehepaare € 3,75,  
Jugendliche € 1,25.)

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Unterschrift:

WEISSER RING e. V.  
Weberstraße 16  
55130 Mainz  
www.weisser-ring.de



## POLITIK

- 3 Editorial**  
MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann entkräftigt die Argumente für die Griechenland-Rettung ohne Währungs-Schnitt
- 4 Unsere Seite-4-Karikatur**  
... zu Griechenland, ergänzt um Bosheiten und Weisheiten als nicht immer ganz ernst gemeinte „Lebenshilfe“ oder zum Weitersagen
- 8 Die jungen Wilden wundern sich**  
Interview mit Mike Mohring, Fraktionsvorsitzender der Thüringischen CDU, einer der Vordenker auf dem Reformflügel der Union, redet Klartext – exklusiv im MittelstandsMagazin
- 10 Ohne Kompass unterwegs**  
Alexander Gauland, Ex-Staatssekretär in Hessen, Herausgeber und Publizist schreibt in seinem Essay, warum er sich von der CDU nach 40 Jahren Mitgliedschaft trennen möchte. Mit seiner pointiert vorgetragenen Meinung steht er sicher nicht allein
- 14 Widerstand im Mittelstand**  
Schwerste Bedenken gegen die Griechenland-Hilfe macht der deutsche Mittelstand geltend. Aus der MIT heraus regt sich offener Widerstand mit dem Ziel, die für den Herbst anstehende Entscheidung des Deutschen Bundestags über den ESM zu beeinflussen



## WIRTSCHAFT

- 16 Bürokratieabbau**  
Mühsam geht er voran, der vollmundig von der Regierung verkündete Bürokratieabbau. Zwar müht sich der Normenkontrollrat redlich, doch gleicht seine Arbeit derjenigen des Steinerollers Sisyphus

## UNTERNEHMEN

- 18 Glänzende Bilanz**  
Wie nicht anders zu erwarten, hat der Datenverarbeitungs- und IT-Konzern DATEV wieder eine glänzende Bilanz vorgelegt
- 20 Unternehmensfinanzierung**  
Viele Unternehmer leihen sich Geld von privat, meist innerhalb der Familie, oft geht es um nennenswerte Summen. Natürlich braucht man dazu einen Vertrag. Worauf sollte man bei der Vertragsgestaltung achten, damit das Finanzamt die Sache anerkennt?

## SERVICE

- 25 AUTO-TEST**  
Wir haben den neuen VOLVO V60 für unsere Leser gefahren und fanden, dass er ein tolles Auto für Mittelständler ist
- 26 Recht im Gespräch**  
Rechtsfälle, die unsere Leser an uns herantragen, von unserem Rechtsexperten aufbereitet für Sie
- 27 Aktuelle Urteile**  
Neue Urteile, die für Mittelständler wichtig sind



**28 Fahrtenbuch und Firmenwagen**

Beides sind beliebte Prüfobjekte der Finanzämter. Wir sagen Ihnen, worauf Sie achten müssen, um nicht in die Betriebsprüfer-Falle zu geraten

**29 Unsere Sommer-Kolumne**

Manfred Degen, auf Sylt beheimateter und bundesweit gefragter Kabarettist und Comedian, nimmt seine Mitmenschen aufs Korn

**30 Bücher – für Sie gelesen**

Chefredakteur Günter F. Kohl empfiehlt Ihnen Bücher, die er gelesen - oder zumindest quergelesen hat

**MIT-INSIDE**

**31 MIT-INSIDE**

Berichte aus dem Verbandsleben der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und politische Stellungnahmen zu aktuellen Themen und Vorgängen

**34 MU-Inside**

**36 Leserbrief**

**37 Namen sind Nachrichten**

**38 Baustelle Berlin**

**38 Impressum**



UNICEF/Pakistan/2010/ZAK

**Pakistan**

UNICEF lässt die Kinder nicht allein – bitte helfen Sie mit!

Spendenkonto 300 000  
Bank für Sozialwirtschaft Köln  
BLZ 370 205 00  
Online spenden: [www.unicef.de](http://www.unicef.de)



# „Wir sind kein Club von Revoluzzern“



Der Thüringische CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring (rechts) bei einer Kundgebung zur Einführung der Schuldenbremse für öffentliche Haushalte

Es grummelt weiterhin in der Union. Daran ändert auch die Sommerpause nichts. Abschaffung der Wehrpflicht, Atomausstieg, Abschaffung der Hauptschule, Einführung von Mindestlöhnen in immer mehr Branchen, Kinderkrippen, Frauenquote, Griechenlandhilfe, Westbindung – die Kanzlerin eilt voran, ihre Partei hechelt murrend hinterher. Dabei ist das wohl noch nicht das Ende. Schon munkelt man von einer Wende in der Türkei-Politik: Die Türken sollen doch rein in die EU, als Vollmitglied. Nichts mehr mit „privilegierter Partnerschaft“? Noch mehr links, noch mehr grün? Geht da wirklich noch was, oder entscheiden sich die Wähler dann doch lieber gleich für die Originale?

Der energiepolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Thomas Bareiß, sagte dem Spiegel: „Sich neuen Randgruppen zu öffnen und mehr Mitte – ich kann diese Analysen nicht mehr hören. Kanzlerin und Partei müssen erkennen: Wir sind in derselben Situation wie die SPD nach der Agenda 2010. Wir verabschieden uns thematisch von unserer Kernklientel und gewinnen bei neuen Wählern trotzdem keine Glaubwürdigkeit.“

Und Kurt Biedenkopf ließ sich dieser Tage so zitieren: „Jede Parteiführung zwingt ihrer Partei etwas auf. Aber eine gute Parteiführung weiß, dass sie ihrer Partei nicht davonlaufen darf.“

Das Mittelstandsmagazin sprach darüber mit **Mike Mohring**, der sich bereits seit längerem mit dieser Besorgnis immer wieder zu Wort meldet.

*Herr Mohring, steht die CDU nur noch für Beliebigkeit, Taktik und Wendemanöver?*

**Mike Mohring:** Der Eindruck kann in der Tat entstehen. Die Entscheidung beim Libyen-Mandat, die Aussetzung der Wehrpflicht, und die schnellen energiepolitischen Beschlüsse passten nicht zu den Erwartungen, die Mitglieder und Wähler mit der CDU verbinden und an sie haben. Ein politisches Koordinatensystem hat die CDU natürlich trotzdem. Dieses Koordinatensystem ist im christlichen Menschenbild verankert und unterscheidet uns deutlich von der politischen Konkurrenz. Entscheidend ist, dass wir uns an diesem Koordinatensystem im politischen Tagesgeschäft orientieren und dies fortlaufend erklären.

*Sie selbst sind Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Wie erklären Sie sich, dass aus dem Vorstand und der Bundestagsfraktion so wenig Widerspruch kommt und letztlich alles exekutiert wird?*

**Mohring:** Die CDU ist kein Trupp von Revoluzzern. Mitglieder des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion nehmen durchaus Einfluss, wo das durch geregelte Verfahren möglich ist. Ich erinnere nur an den kürzlich verabschiedeten Leitantrag zur Bildungspolitik, den CDU-Fraktionsvorsitzende der Landesparlamente deutlich geprägt haben. Und die Bundestagsfraktion hat zum Beispiel auf die Modalitäten der Euro-Rettungspolitik Einfluss genommen, was in der EU nicht gerne gesehen worden ist.

Die Dinge gestalten sich schwieriger, wo Mitglieder von Gremien und Institutionen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ich halte es deshalb für richtig, wenn etwa Bundestagspräsident Norbert Lammert auf die Beteiligung des Bundestags pocht. Es wäre nicht nur mir deutlich lieber, wenn Kursänderungen in den zuständigen Gremien häufiger vor- und nicht nur erklärend nachbereitet würden.

*Wie will die Union nach diesem Ausverkauf ihrer Kernthemen künftig Wahlen führen, ihre Anhänger und (ehemaligen) Wähler überzeugen – und womit?*

**Mohring:** Die CDU hat Erwartungen enttäuscht, die sie zum Teil über lange Zeit aufgebaut hat. Das ist immer ein Problem, weil damit Zweifel an der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit verbunden sind. Ich würde allerdings nicht behaupten, dass sie aus ihren politischen Grundkoordinaten ausgebrochen ist. Um bei den aktuellen Fragen zu bleiben: Die CDU steht nicht für eine bestimmte Laufzeit von Kernkraftwerken, sondern für sichere und bezahlbare Energie. Das muss sie beim energiepolitischen Umbau unter Beweis stellen. Die CDU steht für eine verlässliche Außen- und Sicherheitspolitik und gewährleistet die Landesverteidigung. Sie muss zeigen, dass das auch ohne Wehrpflichtarmee möglich, vielleicht sogar besser möglich ist.

*Sind das nicht untaugliche Beschwichtigungsversuche?*

**Mohring:** Es hat keinen Sinn, einmal geräumte Gräben politisch zu verteidigen. Profil gewinnen wir nur mit Themen, die nachvollziehbar an unsere Grundüberzeugungen gekoppelt sind.





Mike Mohring mit der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht

In der Bildungspolitik brechen wir gerade auf, um gegenüber dem Gemeinschaftsschulmodell des linken Lagers politisch Boden zu gewinnen. Eigenständige Grundschulen und Gymnasien sind für uns nicht verhandelbar. Wir wollen dem gegliederten und leistungsorientierten Bildungssystem die Zukunft erhalten.

Familienpolitisch steht die CDU für die Wahlfreiheit der Eltern, was sich an der direkten Förderung der Familie zeigt, während nahezu alle anderen politischen Kräfte auf staatliche Strukturen und Fremdbetreuung setzen.

Beispiel Integrationspolitik. Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist angesichts der Bevölkerungsentwicklung die zentrale Herausforderung für Deutschland. Wir haben dafür gesorgt, dass das Thema aus der Multi-Kulti-Ecke herauskommt und die europäische Leitkultur den Maßstab für die Integration bildet. Schließlich erwähne ich die Finanz- und Haushaltspolitik. Schuldenbremsen und das Ziel der Nullverschuldung gehören zum Markenkern der CDU.

*Sie befürchten als Folge der Glaubwürdigkeitsverluste der CDU, dass sich der rapide Mitgliederschwund der CDU fortsetzt...?*

**Mohring:** ...was aber nicht zwangsläufig so kommen muss. Denn die CDU hat ja Themen, an denen sie ihr Profil wieder schärfen und damit Orientierung geben kann. Sie ist auch die Partei des gewerblichen Mittelstands.

Wichtig ist, dass die Union wieder als das erlebbar wird, was ihr Name eigentlich sagt: Sie ist ein Zusammenschluss verschiedener politischer Strömungen, die sich programmatisch und personell auch wiedererkennen wollen und erkennbar sein müssen, wenn sie Wähler ansprechen sollen. Von christlich-sozial bis konservativ und national gab es profilierte Köpfe. Gemessen daran erscheint die CDU heute zu uniform, auch wenn sie es möglicherweise gar nicht ist.

**Wenn man manchen führenden Köpfen in der Union zuhört, könnte man glauben, konservativ war gestern, heute ist grün. Da kommt vor Ort niemand mehr mit. Mitglieder, bis hinauf in die Funktionärschichten in Kreis- und Landesverbänden versagen der Führung ihre Gefolgschaft.**

Die Mitglieder haben es zu einem guten Teil selbst in der Hand, wie sich ihre Partei entwickelt. Das geht aber nicht, wenn man einfach wegbleibt. Aber natürlich muss die Mitgliedschaft in einer Volkspartei auch Freude bereiten, mit Stolz erfüllen und einen Mehrwert bringen. Deshalb müssen die, die führen, mal zuhören, erklären, begeistern, mitnehmen, beteiligen, sich kümmern und neugierig machen.

*Ist es nicht mehr so wichtig, 35 oder 40 Prozent zu erlangen, weil man sich der Mehrheit einer schwarz-grünen Koalition schon sicher ist?*

**Mohring:** Zunächst geht es um unser Selbstverständnis als Volkspartei. Weil wir diesen Anspruch haben, streben wir Wahlergebnisse im Bereich 40 Prozent + X an. Dass sie machbar sind, hat sich auch an Wahlergebnissen der letzten Jahre immer wieder gezeigt. Auch Koalitionsverhandlungen lassen sich am besten aus einer Position eigener Stärke führen. Etwaige Koalitionen werden mit dem Partner eingegangen, mit dem die meisten eigenen Forderungen umgesetzt werden können und die wenigsten Kompromisse erforderlich sind. Im Übrigen gehören dazu immer zwei.

*Sie selbst haben gefordert, man müsse sich in bestimmten Fragen auf die CDU verlassen können. Was tun Sie, um der gegenwärtigen Demobilisierung entgegenzuwirken?*

**Mohring:** Die CDU ist die Partei, bei der Freiheit, Ordnung und Verantwortung zusammen gedacht werden und die wieder lernen muss, ihre Politik nachvollziehbar daraus herzuleiten. Die Antworten richten sich auch nach den Herausforderungen und Umständen der Zeit. Sie müssen aber gemeinsam erarbeitet werden. Daran beteilige ich mich im Rahmen meiner Möglichkeiten und Ämter. Eine diskutierende Partei ist auch eine, die ihre Mitglieder mobilisieren kann.



### Mike Mohring, MdL

39 Jahre, ledig, Master of Laws (LL.M.)  
Geschäftsführender Gesellschafter  
eines Handwerksbetriebs  
Generalsekretär der CDU Thüringen  
(2004 – 2008)  
Vorsitzender der CDU-Fraktion im  
Thüringer Landtag (seit 2008)  
Mitglied im CDU-Bundesvorstand  
Mitglied der MIT



„Natürlich ist die Wehrpflicht kein christdemokratisches Parteidogma, aber die Verteidigungsfähigkeit des Landes eben doch eine Grundidee einer konservativen Partei.“

## Ohne Kompass unterwegs

Von Dr. Alexander Gauland  
Publizist und Staatssekretär a.D.

Es ist nicht so, dass ich immer mit meiner Partei einer Meinung gewesen wäre. Das kann man nach über 40-jähriger Mitgliedschaft auch nicht erwarten. Parteimitgliedschaften, so sagt man, sind dann in Ordnung, wenn man mit 51 Prozent dessen, was die Partei politisch will, übereinstimmt. Und 51 Prozent waren es immer. In der Deutschlandpolitik hätte ich mir früher eine realistischere Herangehensweise gewünscht und später, als die sozialdemokratische Entspannungs-

politik zum Kotau vor den Diktaturen des Ostens verkam, entschlosseneren Widerstand. Aber Westbindung, Bundeswehr, Marktwirtschaft und eine pragmatische Gesellschaftspolitik waren immer die Säulen, auf die man sich stützen konnte. Die Union brems-te außen- wie innenpolitisch den visionären und idealistischen Über-schwang linker Gesellschaftsreformer und bildete das konservative Wider-lager zu utopischen Projekten einer herrschaftsfreien Kommunikation.

### Ein ideologisches Nichts

Wer Union wählte wusste, was er bekam - eine Politik des Maßes und der Mitte, angelegt von Adenauer, Erhard und Katzer, vorsichtig angepasst von den oft gescholtenen Barzel und Kiesinger und in vielem weitergeführt von Kohl, Geißler und Blüm. Union war nicht immer - aber doch meistens - klare Kante. Denn was Kohl und Geißler wegen Süßmuth und anderen manchmal verschwimmen ließen, sprachen Dregger und Kanther deutlich aus. Wer eine vorsichtige Modernisierung wünschte, konnte sich auf Späth und Geißler berufen, wer die Kirche im wahrsten Sinne des Wortes im Dorf lassen wollte, auf den hessischen Kampfverband von Dregger, Kanther und Wallmann. Union, das war konservatives, zuweilen auch

deutschnationales Erbe, liberales Wirtschaften und soziale Inklusion à la Bismarck und Lassalle.

Diese Union ist Geschichte. Inzwischen fehlt ihr alles, eine überzeugungsstarke Frontfrau ebenso wie deutlich hörbare Flügelmänner. Aus einer Partei mit konservativen, liberalen und sozialen Inhalten wurde ein ideologisches Nichts, eine Organisation zum Machterhalt, ohne dass man noch wüsste, wofür und wogegen. Es sind eben nicht mehr 51 Prozent der Inhalte, die eine Mitgliedschaft rechtfertigen würden, es sind allenfalls Erinnerungen an die alte CDU, Sentimentalitäten ohne Überzeugung. Die Union will dranbleiben, koste es was es wolle und mit welchen Inhalten auch immer.

### Flattern im Wind des Wandels

Und sage nun niemand, das sei nun einmal so in der modernen Mediengesellschaft. Schließlich belegen gerade die Erfolge der Grünen, dass man mit durchgehaltenen Überzeugungen – und seien sie noch so falsch – gesellschaftlich gewinnen kann. Und auch die andere Volkspartei hat noch immer ein Projekt, die Teilhabe der Benachteiligten an Bildung und Wohlstand. Mag sein, dass die SPD Schwierigkeiten hat, erfolgreich über die schrumpfende Industriearbeiterschaft hinaus Zustimmung zu gewinnen, immerhin bleibt sie erkennbar als die Vertreterin dieses gewerkschaftlich organisierten Teils der abhängig Beschäftigten. Ein durchgehender Mindestlohn mag ökonomisch falsch sein. Aber er ist ein Ziel, ein Stück klare Kante. Die Union hat nichts von allem, außer dem christlichen Menschenbild, das sowohl bei Verteidigung wie bei Abschaffung der Wehrpflicht beschworen wird, bei der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken wie beim umgehenden Ausstieg aus der Kernenergie. Wie haltlos eine angeblich konservative bürgerliche Partei der Werte in den gesellschaftlichen Winden des vorgeblichen Wandels flattert, konnte man an der causa Guttenberg beobachten.

Nehmen wir nur die Aussetzung der Wehrpflicht. Natürlich ist die Wehrpflicht kein christdemokratisches Parteidogma, aber die Verteidigungsfähigkeit des Landes eben doch eine Grundidee einer konservativen Partei. Nun mag diese auch mit einer Berufsarmee gewährleistet sein, doch die müsste man erst einmal haben und bezahlen können, ehe man das vielleicht nicht mehr voll taugliche Instrument der allgemeinen Wehrpflicht zur Disposition stellt. Wie anders haben sich da Helmut Schmidt und Helmut Kohl verhalten, als sie die Nachrüstung durchsetzten, der Sozialdemokrat Schmidt unter Verlust der Kanzlerschaft, aber überzeugt davon, dass es das Wohl des Staates erfordere, die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik im Angesicht sowjetischer Vorrüstung zu sichern.

### Anti-Atomtod-Hysterie

Überhaupt – die Sozialdemokraten und das öffentliche Wohl. Man muss den prollig-arroganten letzten Bundeskanzler nicht mögen und ihm

doch zugestehen, dass seine Agenda 2010 die Basis für Merkels zumindest wirtschaftlichen Erfolg gelegt hat. Dass er dabei die Partei fast ruiniert und in die politische Wildnis geführt hat, macht die Leistung umso bemerkenswerter. Es war das genaue Gegenteil dessen, was seine Nachfolgerin im Angesicht der Katastrophe von Fukushima getan hat. Auch hier wieder das gleiche Muster. Eine bürgerlich-wertorientierte Politikerin lässt sich von der kurzzeitigen Aufwallung der öffentlichen Meinung zu Maßnahmen treiben, die weder durchdacht noch rational begründbar sind. Statt wie Schmidt und Kohl der Anti-Atomtod-Hysterie zu widerstehen, führt sie diese auch noch an. Denn dass Fukushima die Naturwissenschaftlerin Merkel von der Unhaltbarkeit der Kernkraft überzeugt habe, ist entweder Heuchelei oder Torheit. Schließlich dürfte in Deutschland kaum ein Erdbeben und ein Tsunami auf eines unserer Kernkraftwerke treffen. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin kein Anhänger der Kernenergie, aber aus



„Eine bürgerlich-wertorientierte Politikerin lässt sich von der kurzzeitigen Aufwallung der öffentlichen Meinung zu Maßnahmen treiben, die weder durchdacht noch rational begründbar sind.“



„Die Hamburger CDU wurde erst von ihren Wählern zu Umkehr und Sicherung der Gymnasien gezwungen.“

einem anderen Grund. Die bisher nicht geklärte Endlagerung wird von Experten auf mindestens 5000 Jahre berechnet. Das heißt, kulturelles und technisches Wissen müsste über einen Zeitraum von der mittleren Dynastie im alten Ägypten bis heute gesichert werden. Dieser historische Zeitraum sah den Untergang ganzer Staaten und Kulturen, Ägyptens wie des römischen Reiches. Schon deshalb ist ein solches Projekt ahistorische Hybris. Nicht einmal die Schrift der alten Ägypter blieb als Kenntnis erhalten, sondern musste im 19. Jahrhundert neu entdeckt und enträtselt werden. Die Nutzung der Kernenergie war immer ein Sprung ins Dunkle. Doch es ist das Eine, diesen Weg geordnet, bezahlbar und bei Sicherung der industriellen Arbeitsplätze zu verlassen, es ist ein Anderes, sinnlos davon zu stürzen, obwohl weder die

technischen noch die strukturellen Voraussetzungen für einen alternativen Energiepfad vorhanden oder in Kürze zu schaffen sind.

### Ohne Kompass unterwegs

Bürgerliche Politik müsste hier in geduldiger Überzeugungsarbeit und rationalem Pragmatismus bestehen - Ausstieg ja, aber eben auf eine Weise, mit der sich die Union in der Vergangenheit Vertrauen erworben hat, bei der Einführung der Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard ebenso wie beim Ausbau des Sozialstaates durch Katzer und Blüm. Dass die Union nicht nur hier, sondern auf fast allen Feldern der Politik inzwischen ohne Kompass unterwegs

ist, lässt sich an vielen Beispielen festmachen. Die Hamburger CDU wurde erst von ihren Wählern zu Umkehr und Sicherung der Gymnasien gezwungen. Dass ausgerechnet christdemokratische Ministerinnen an einer Frauenquote bei Spitzenmanagern basteln, ist so absurd, dass es schon wieder komisch wirkt: als ob das Land keine anderen Sorgen hätte.

Dabei fällt kaum noch ins Gewicht, dass alle angeblichen Sicherungen gegenüber der ungerechtfertigten Inanspruchnahme des deutschen Steuerzahlers durch einzelne Euro-Länder längst Makulatur sind und ausgerechnet eine bürgerliche Regierung trotz guter Konjunktur kein Geld für Steuervereinfachung und Steuersenkungen hat. Nimmt

man noch hinzu, dass das von Sarrazin benannte Problem von einer bürgerlichen Regierung nicht nur nicht thematisiert, sondern sogar tabuisiert wird, und die Westbindung bei der Libyen-Abstimmung im Sicherheitsrat in seltsamen Farben schillerte, bleibt die Frage, wer bei der nächsten Bundestagswahl CDU wählen soll und warum. Die überzeugten Kernkraftgegner, Multikulturalisten wie alle Gleichstellungsfetischisten werden beim grünen Original bleiben, während diejenigen, denen der bürgerliche Wertehaushalt noch etwas bedeutet, sich an die vielen Sündenfälle erinnern und folglich angewidert abwenden werden. Die Union hat ihre Inhalte kopflos preisgegeben, statt sie neuen Herausforderungen anzupassen und damit ihre Seele verloren. Sie wirkt wie ein antike Ruine - von außen noch prächtig anzuschauen, aber innen wüst und leer.



**Dr. Alexander Gauland** (70) ist Publizist und war Herausgeber und Geschäftsführer der Märkischen Allgemeinen Zeitung in Potsdam, wo er auch lebt

Sein Essay erschien am 24.6.2011 auf Seite 2 der Tageszeitung „DIE WELT“. Wir danken dem Autor für seine freundliche Genehmigung zum Abdruck seines Textes. Wie allgemein üblich, stellen die Beiträge von Gast-Autoren nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber dar

## ZWISCHENRUF

# Golfer und andere Randgruppen

**Randsportart oder nicht** – aber muss sich ein Minister auf diese Art mit seinen Wählern anlegen?

Von Günter F. Kohl

Zugegeben: Ich habe Verständnis für alle Leser, die Golf für eine „Randsportart“ halten. Ich übe sogar Nachsicht mit jenen, die Golf überhaupt nicht mit Sport in Verbindung bringen – so wie es mir mit Schach, Schießen, Billard und Tauziehen ergeht. Trotzdem sind die Verbände der Schachfreunde, des Schützenbundes, des Tauziehverbandes, der Billard-Union und nicht zuletzt der Alpenfreunde Mitglieder im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Genau wie der Deutsche Golfverband, der mit 600.000 Mitgliedern größer ist als z.B. der Deutsche Skiverband.

Da es dem deutschen Golfverband nicht an Selbstvertrauen mangelt, bewarb er sich um die Ausrichtung des „Ryder-Cups 2018“, dem traditionsreichsten Wettbewerb zwischen Europa und den USA. Wie bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften üblich, forderten die Veranstalter eine Steuerbefreiung, die der zuständige Innen- und Sportminister Thomas de Maizière aber nicht einzuräumen bereit war.

In diesem Zusammenhang sprach de Maizière kurz vor seinem Wechsel ins Verteidigungsministerium in einem Spiegel-Interview den verhängnisvollen Satz, der die Welt der deutschen Golfer ins Wanken brachte: „... nüchtern betrachtet handelt es sich um einen Wettbewerb in einer RANDSPORTART.“

Nun haben es die deutschen Golfer also regierungsamtlich: Sie tummeln sich in einer

Randsportart und teilen ihr Schicksal mit vielen, vielen anderen, die nicht der ministeriellen Aufmerksamkeit für wert befunden werden.

Deutschlands Golfer erboste diese Kategorisierung, die auch manchen unserer Lesertreffen wird. Auch wenn mit Martin Kaymer ein Deutscher ganz oben auf der Weltrangliste steht, nehmen wir Golfer uns nicht so wichtig im Konzert der Großen des Sports. – Aber muss es uns denn einer so ins Gesicht sagen, ausgerechnet auch noch ein Politiker?

600.000 Golfer in Deutschland sind, von der ach so beliebten Einteilung in Alters-, Einkommens- und Bildungsschichten aus gesehen, keine ganz so unwichtige Zielgruppe für die Politik, schon gar nicht für die Union. Golfer haben nicht nur Familienangehörige, sie haben auch Mitarbeiter, Kunden, Patienten, Klienten und eine Menge weiterer Kontakte. Golfplatzbetreiber sind mittelständische Unternehmer, kooperieren mit Hotels und Restaurants, mit Golfausstattern, Lieferanten, Gartenbetrieben, Tief- und Hochbauunternehmen. Schlicht: Sie sind Multiplikatoren im Mittelstand.

Aus der Sicht eines Unionspolitikers wie Thomas de Maizière, der wie die Kanzlerin tickt und handelt, wie man hört, zählen die Golfer wohl zu jenen, deren man sich als Unionswähler sicher wähnt. Darum haben sie keine besondere Aufmerksamkeit verdient: „Die müssen ja schwarz wählen, weil die Grünen, Roten und Linken ihnen sowieso ihre Golfplätze wegnehmen – Neid, Landschafts- und

Ressourcenverbrauch und Kastendenken.“

Wenn er sich da mal nicht täuscht, unser Sportminister: Von den 23 Wahlen seit der Kanzlerschaft von Angela Merkel hat die Union 20 krachend verloren – vor allem, weil die Mittelschicht ihr die Gefolgschaft versagt hat. Und so bröckelt der einst fest gefügte Wählerblock weiter ab. Und das nur, weil man den Vorwurf fürchtet, Klientelpolitik zu betreiben. Aber was erwarten denn Wähler anders, als dass die von ihnen gewählte Partei ihre Interessen vertritt?

**DAMEN-Fußball** ist bis heute nichts anderes als ein Randsport – daran hat auch die WM in Deutschland nichts geändert. Doch offenbar haben vor allem Unions-Politiker Berührungängste zum Golfsport, weil sie es sich wegen einer Randsportart nicht mit zentralen Wählergruppen (Transferempfänger, Stuttgart-21-Gegner, Kernenergie-Ablehner, DDR-Nostalgiker, Pazifisten, Veganer und Mindestlohn-Befürworter) verderben wollen, obwohl sie selbst heimlich auf die eine oder andere Golfrunde gehen. Aber warum auch nicht, die CDU ist doch eine Volkspartei!? Oder sollte sie etwa keinen Platz für Golfer haben? Übrigens: Die Farbe aller Golfer ist **GRÜN**.

P.S.: Der Ryder-Cup 2018 wurde übrigens nach Frankreich vergeben, weil sich Präsident Sarkozy massiv dafür einsetzte. Sein Argument: Die Veranstaltung könnte der (in Frankreich noch unterentwickelten) Sportart Golf Auftrieb geben.

WIDERSTAND IM MITTELSTAND

# Akropolis Adieu

Gegen den Europäischen Hilfsfonds ESM bestehen erhebliche Bedenken



Foto: Pitopia

**Akropolis Adieu:** 50 Mrd. Euro sollen die Griechen laut Auflage mit Privatisierungen erzielen. Angesichts der öffentlichen Widerstände und – bedauerlicherweise auch der konservativen Opposition – eine offene Frage

Viele Menschen sind gegenwärtig wegen der finanziellen Schwierigkeiten einiger EU-Länder in tiefer Sorge um die Zukunft unseres Landes. Sie fürchten, dass Deutschland und seine Steuerzahler trotz aller Beteuerungen der Politik über kurz oder lang mit in den Abwärtsstrudel hineingerissen werden. Deutsche Familienunternehmen sind enttäuscht von der Politik der Bundesregierung zur Euro-Rettung. Der Bundestag müsse „der verantwortungslosen Schuldenpolitik Deutschlands ein Ende“ setzen, erklärten 100 Familienunternehmer Ende Juni in einer „Berliner Erklärung“. Sie fordern unter anderem, dass hoch verschuldete Staaten aus der Währungsunion ausgeschlossen werden.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung im Kreisverband Paderborn hat ebenfalls eine Initiative angestoßen, die deren Vorsitzender Friedhelm Koch an dieser Stelle näher erläutert:

Der Euro-Hilfsfonds ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) soll dauerhaft gelten und im Jahr 2013 starten. Das finanzielle Volumen des ESM-Fonds beläuft sich auf 700 Milliarden Euro. Der Deutsche Bundestag soll dem Rettungsfonds im Herbst zustimmen.

Der Beitrag Deutschlands als größtes Euro-Mitgliedsland zum ESM wird voraussichtlich bei knapp 190 Milliarden Euro liegen. Für das geplante ESM-Kreditvolumen von 500 Milliarden Euro müssen die Euro-Staaten Kapital und potenzielle Zahlungsverpflichtungen von insgesamt 700 Milliarden Euro übernehmen. 80 Milliarden sollen in Form von Kapitaleinlagen entrichtet werden. Deutschland muss demnach knapp 22 Milliarden Euro beisteuern.

620 Milliarden Euro werden in Form von abrufbarem Kapital vorgehalten, für Deutschland sind das 168 Milliarden Euro.

Der Bundesrechnungshof hat jedoch darauf hingewiesen, dass diese Regelung nicht gilt, wenn ein anderer Euro-Staat seine eigenen Zuschusspflichten nicht erfüllen kann oder wenn der ESM einem anderen Staat zu Hilfe eilen muss. In einem solchen Fall fielen der Anteil der Bareinlagen am gesamten ESM-Kapital von 700 Milliarden möglicherweise unter 15 Prozent. Dies soll vermieden werden, damit der ESM das angestrebte Top-Rating („AAA“) erhält. Der ESM-Verwaltungsrat kann in einem solchen Fall mit einfacher Mehrheit – also auch gegen Deutschland – beschließen, den Kapitalstock aufzufüllen. Hier wird ein Dominoeffekt konstruiert, der am Ende nur noch wenige, bis zu diesem Zeitpunkt (und nur bis dahin) finanziell stabile Staaten zum Nachschießen verpflichtet. Wenn sich mehrere Staaten aus dem ESM verabschieden, wird am Ende Deutschland ein Fall für den IWF. Eine solche Regelung ist völlig inakzeptabel.

Die Europäischen Regierungen kaufen sich Zeit zur Bewältigung eines Problems, dessen Lösung sie nicht kennen. Das Abwarten bessert nichts, es treibt lediglich die Kosten. Es gibt keine Krise des Euro, es gibt eine Verschuldungskrise einzelner Länder. Unser Anliegen ist nicht von nationalem Denken geleitet. Wer z. B. Griechenland wirklich helfen will, muss einen Schuldenschnitt herbeiführen, gefolgt von einer Art Marshallplan zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die Griechen können zu aktiven Marktteilnehmern werden, die ihre Probleme selbst lösen.

## UNSERE FORDERUNGEN SIND

- 1 DER EUROPÄISCHE STABILITÄTSPAKT IST ZU VERSCHÄRFEN. BEI VERSTÖßEN GEGEN STABILITÄTSAUFLAGEN MUSS EIN AUTOMATISCHES SANKTIONSVERFAHREN GREIFEN, DAS DURCH EINE POLITISCH UNABHÄNGIGE INSTITUTION IN GANG GESETZT UND GEHANDHABT WIRD.
- 2 FESTLEGUNGEN ZUR ART, HÖHE UND BEGRENZUNGEN DER DEUTSCHEN BEITRÄGE ZUM ESM SIND GESETZLICH ZU REGELN UND VOM BUNDESTAG ZU BESCHLIESSEN. IM FALL DER ERSTEN INANSPRUCHNAHME DES ESM IST VORAB NICHT NUR DER HAUSHALTS-AUSSCHUSS, SONDERN DER GESAMTE DEUTSCHE BUNDESTAG ZU BETEILIGEN.
- 3 DIE EZB MUSS SICH WIEDER AUF DIE GELDWERTSTABILISIERUNG KONZENTRIEREN. SIE IST NICHT FINANZIER ÜBERSCHULDETER STAATEN. DER ANKAUF RISIKANTER STAATSPAPIERE IST SOFORT EINZUSTELLEN.
- 4 SOLLTE EIN ANDERER EUROSTAAT EIGENE ZUSCHUSSPFLICHTEN NICHT ERFÜLLEN KÖNNEN, MUSS BEI DER ENTSCHEIDUNG FÜR DANN ERFORDERLICHE NACHSCHUSSPFLICHTEN DAS PRINZIP DER EINSTIMMIGKEIT GELTEN.
- 5 GRUNDSÄTZLICH MUSS EINE EUROPÄISCHE INSOLVENZORDNUNG EINGEFÜHRT WERDEN, DAMIT ÜBERSCHULDETE STAATSHAUSHALTE IN EINEM GEREGLTEN VERFAHREN MARKTKONFORM RESTRUKTURIERT WERDEN KÖNNEN.

## AKROPOLIS ADIEU

Akropolis adieu,  
ich muss gehen,  
die weißen Rosen sind verblüht,  
was ist geschehen,  
ich wär so gern geblieben,  
Akropolis adieu.

Ein fremder Wind weht übers Meer,  
und morgen sind wir schon allein,  
komm, lass uns tanzen, vergiss die Sorgen,  
es wird vielleicht nie mehr so sein .

*Textauszug aus dem Lied, gesungen von Mireille Mathieu*

**Unterschriftenaktion gegen dauerhafte Finanzierung überschuldeter EU-Länder**

**Keine Transfer-Union!  
durch die Hintertür!**

Der Euro kann nur eine starke Währung bleiben, wenn die Stabilitätskriterien in der Eurozone und die Beitrittsbedingungen zur EU sowie zur Eurozone konsequent eingehalten und kontrolliert werden.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung und alle politischen Vertreter auf europäischer Ebene auf, umgehend grundlegende Korrekturen in der Eurozone politisch vorzunehmen und den Weg hin zu einer Transfer-Union umgehend zu bestimmen.

Eses finanzpolitische Fehlverhalten einzelner Mitgliedstaaten darf nicht zu einer Destabilisierung Deutschlands und der gesamten Europäischen Union führen.

Informationen unter: [www.mit-paderborn.de](http://www.mit-paderborn.de)

**Sie möchten sich an dieser Aktion beteiligen?**

**Kontakt und Info:** **Friedhelm Koch**, Kreisvorsitzender der MIT Paderborn  
Pipinstr. 33, 33098 Paderborn  
Telefon 05251/740228, Fax 05251/730632  
Mail [info@malerkoch.de](mailto:info@malerkoch.de), [www.mit-paderborn.de](http://www.mit-paderborn.de)

# Der Papierkrieg nervt noch immer

## Bürokratieabbau: Bund lässt Auflagen prüfen



Zahl der Regelungen, die der Nationale Normenkontrollrat seit 2006 im Auftrag der Ministerien erhalten hat, um sie auf Vereinfachung der Informationspflichten zu überprüfen

Normenkontrollrat: Bei dem Rat handelt es sich um ein unabhängiges Gremium, das den Abbau administrativer Auflagen vorantreibt und die mit dem Papierkram verbundenen Kosten deckt

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	312	Gesundheit und Soziale Sicherung	91
Finanzen	276	Verteidigung	25
Wirtschaft und Technologie	235	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	25
Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung	202	Bildung und Forschung	23
Arbeit und Soziales	183	Auswärtiges Amt	21
Inneres	156	Bundeskanzleramt	18
Justiz	108	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	103	<b>Insgesamt</b>	<b>1.756</b>

Stand: 18. Mai 2011  
Quelle: Nationaler Normenkontrollrat (NKR)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
© 2011 I&M Medien | Bild 11

**Vor gut fünf Jahren hat der Bund ein Programm gestartet, um den administrativen Ballast für Unternehmen zu verringern. Trotz einiger Anfangserfolge ist bislang aber kein wirklicher Durchbruch gelungen**

Nach wie vor sind die Kosten für den Papierkram immens, die Gesetze des Bundes verursachen. Allein die Kosten, die aus Informationspflichten der Firmen wie der Abgabe der Umsatzsteuererklärung resultieren, summieren sich auf über 40 Milliarden Euro pro Jahr.

Der Ehrlichkeit halber muss man einräumen, dass die Bürokratiekosten der Unternehmen seit fünf Jahren immerhin um 7,5 Milliarden Euro gesunken sind. Entlastungen von 9 Milliarden Euro standen dabei neue Bürden mit Folgekosten von 1,4 Milliarden Euro gegenüber.

Dass es beim Bürokratieabbau überhaupt vorangeht, ist nicht zuletzt dem Nationalen Normenkontrollrat zu verdanken. Er hat seit seiner Einsetzung 2006 immerhin 1.756 Bundesregelungen zur Überprüfung erhalten und oft gemeinsam mit den zuständigen Ministerien entrümpelt.

### Luftraumsteuer auf Markisen

Während der Bund also zumindest auf dem Weg ist, den Aufwand für Unternehmen zu verringern, haben Länder und Kommunen noch Nachholbedarf. Gerade die Gemeinden lassen sich eine Menge einfallen, um Geschäftsleute zu gängeln. Beispiele sind die Luftraumsteuer für das Anbringen von Markisen oder unklare Anforderungen für Baugenehmigungen.

Nicht immer ist der Papiertiger gleich zu erkennen. Oftmals schreibt der Staat Auflagen nicht ins Gesetz – sie ergeben sich indirekt und werden von der Bürokriemessung nicht erfasst. Ein Beispiel ist die Dokumentation von Bewerbungsverfahren. Aufgrund des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist jeder Arbeitgeber gut beraten, im Einzelnen aufzulisten, was bei Bewerbungsgesprächen auf den Tisch kommt. Dann lässt sich vor Gericht leichter belegen, warum der Kläger – also der Bewerber oder die Bewerberin – nicht zum Zuge kam. Allein diese Dokumentationskosten veranschlagt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult für die deutsche Wirtschaft mit 156 Millionen Euro pro Jahr. Um den Bürokratieabbau in Deutschland voranzutreiben, wären vor allem diese Maßnahmen sinnvoll:

- ▶ Die Kompetenzen des Nationalen Normenkontrollrats sollten erweitert werden. Er müsste auch ein Auge auf geplante Gesetze werfen dürfen, damit Bürokratiemonster erst gar nicht entstehen.
- ▶ Sogenannte sachfremde Anforderungen im Vergaberecht sollten auf ein Minimum reduziert werden: Bislang müssen Firmen bei einem Angebot oft belegen, dass sie tarifreu

sind, eine Frauen- und Ausbildungsquote erfüllen, sich ökologisch korrekt und sozial verhalten, wenn sie einen öffentlichen Auftrag ergattern wollen. Für Mittelständler ist dieser Aufwand kaum zu stemmen.

- ▶ Ein Verwaltungsbenchmarking könnte den Wettbewerb um die bürokratieärmsten Regelungen beflügeln. Man könnte die Bundesländer und Gemeinden prämiieren, die mit dem kleinsten Aufwand das gewünschte Ziel erreichen.
- ▶ Gesetze und Verordnungen sollten dort befristet werden, wo kein Bedarf an einer dauerhaften Regulierung besteht.

Grundsätzlich sollte der Gesetzgeber auf allen Ebenen verpflichtet werden, die Notwendigkeit neuer Regulierungen zu hinterfragen. Dies gilt auch für europäische Richtlinien und andere EU-Rechtsakte. Den Unternehmen würde es überdies helfen, wenn der Staat seine Behörden elektronisch aufrüsten würde. Bisher können hierzulande erst drei von vier Verwaltungsvorgängen online abgewickelt werden. Zudem beschränken sich die Behörden oft nur darauf, Formulare auf einer Internetseite bereitzustellen.



## Deutsche Rathäuser stehen auf der Leitung

So viel Prozent der öffentlichen Verwaltungsangebote waren online verfügbar



Landesratsrat, Quelle: Europäische Kommission

## Überflüssige Behörden

Bürokratieabbau heißt auch, Behörden und Institutionen auf den Prüfstand zu heben. Der Bund allein unterhält über 50 Institute und gibt für deren Arbeit jährlich mehr als 1,3 Milliarden Euro aus. Viele Einrichtungen sind überflüssig, werden jedoch künstlich am Leben erhalten. Beispiele:

Die **ernährungswissenschaftlichen Bundesinstitute** wurden 2008 zum „Max-Rubner-Institut“ (MRI) zusammengefasst. Zu diesem gehört auch die Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel. Die Behörde hatte zuletzt noch 200 Planstellen. Zu fragen ist, ob die heutigen Milchkonzerne und Großmolkereien nicht auch ohne

Hilfe des Bundes in der Lage sind, ihre Produkte zu entwickeln und die hygienischen Anforderungen der Milchverarbeitung zu erfüllen.

Die **Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes** ist zwar verkleinert worden, sie zählt aber noch immer über 12.000 Mitarbeiter, davon mehr als die Hälfte in der Verwaltung. Zu den „Glanzleistungen“ der Behörde zählt z.B. der Ausbau des Hafens von Halle an der Saale für 30 Millionen Euro. Auch Jahre nach der Fertigstellung hat an den zwölf Anlegeplätzen noch kein einziges Frachtschiff festgemacht.

Die 1922 gegründete Reichsmonopolverwaltung – heute **Bundesmonopolverwal-**

**tung für Branntwein** – gehört ebenfalls zu den überflüssigen Behörden, denn das Branntweinmonopol ist lange gefallen. Die Branntweinsteuer wird von den Hauptzollämtern erhoben, sodass sich die Bundesmonopolverwaltung nun auf die Verteilung von Subventionen konzentriert. Die 200 Mitarbeiter kaufen bei den circa 22.000 Kleinbrennereien in Deutschland überschüssigen Alkohol zum Festpreis auf und brennen ihn in Ethanol um, das anschließend mit Verlust weiterverkauft wird. Der Fehlbetrag lag 2008 bei knapp 80 Millionen Euro.

Quelle:

Institut der deutschen Wirtschaft

## INSOLVENZ - EIN NICHT NUR FINANZIELLES PROBLEM

Obwohl es vielfältige Ursachen für eine Insolvenz gibt, war sie in früheren Zeiten grundsätzlich der Ausdruck unternehmerischen Scheiterns. Aber auch heute noch herrscht vielfach die Auffassung „pleite ist pleite“. In der Regel wird geraten, das Unternehmen aufzugeben und einen Käufer zu suchen oder zu liquidieren.

Heute geraten immer häufiger auch wettbewerbsfähige Unternehmen aus verschiedensten Gründen in insolvente Situationen. Beispiel: Ein Zulieferer aus Japan fällt aus. So ist die Frage zu beantworten, kann eine Volkswirtschaft es sich leisten, wettbewerbsfähige Unternehmen durch liquidierende Substanzveräußerung zu verlieren? In Zukunft sicherlich weniger denn je! Es geht also um die Sanierung durch Restrukturierung für die Zukunft.

Im Jahre 1999 hat die Insolvenzordnung hierfür die Voraussetzungen wesentlich

verbessert. Wettbewerbsfähigen Unternehmen wird im Falle von Solvenzproblemen mit den Instrumenten Insolvenzplanverfahren und Eigenverwaltung die Möglichkeit gegeben, durch ein Zusammenwirken von Unternehmensführung, Eigentümern, Gläubigern und Restrukturierungsberatern Sanierungsmaßnahmen unter der Kontrolle von Insolvenzrichtern und –verwaltern vorzunehmen. Man nutzte hier die positiven Erfahrungen in den USA mit den bekannten gesetzlichen Möglichkeiten des „Chapter 11“.

In den vergangenen 12 Jahren sind diese gesetzlichen Möglichkeiten kaum genutzt worden, obwohl sich hier gezeigt hatte, dass für die Gläubiger erheblich höhere Quoten erzielt wurden und die Unternehmen wieder eine Zukunft hatten.

Die derzeit im Bundestag diskutierte Insolvenzrechtsnovelle wird die Voraus-

setzungen für Restrukturierungen mittels Planverfahren und Eigenverwaltung erheblich verbessern, z. B. durch einen vorläufigen Gläubigerausschuss im Eröffnungsverfahren und starke Gläubigerbeteiligung bei der Verwalterauswahl. Voraussetzung für eine Nutzung dieser gesetzlichen Möglichkeiten wird sein, dass Gerichte und Verwalter über ausreichend praktische Erfahrungen verfügen. Dies kann nur sichergestellt werden durch eine Konzentration auf ausgesuchte Gerichte und eine gläubigerbestimmte Auswahl der einzusetzenden Verwalter. Hier stehen allerdings noch Besitzstände im Wege.

Dr. Jens Petersen, MdL  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Wirtschaft, Mittelstand und Energie im  
Landtag NRW

# DATEV weiter auf der Erfolgsspur

**Der IT-Dienstleister DATEV eG hat 2010 ein solides Wachstum erreicht und erhöht für 2011 seine Ziele bei Umsatz und Mitarbeitern**

Der Umsatz stieg im vergangenen Jahr um 3,9 Prozent (Vorjahr: 3,5) auf 698,6 Mio. Euro. Damit überstand der Anbieter von Software und IT-Lösungen für Freie Berufe, mittelständische Unternehmen und Kommunen unbeschadet den konjunkturellen Einbruch, der in den vergangenen Jahren auch die ITK-Branche beeinträchtigt hatte.

Für 2011 erwartet Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV eG, ein noch höheres Wachstum von 4,5 Prozent. „Angesichts unserer günstigen Entwicklung verfolgen wir mit mehr Nachdruck unsere Planungen und erhöhen unsere Ziele. Das hat auch zur Folge, dass wir vor allem für den Service- und Entwicklungsbereich im laufenden und kommenden Jahr nun 570 Stellen ausschreiben“, berichtete Kempf auf der Jahrespressekonferenz des Nürnberger Unternehmens.

## Mehr Mitglieder und neue Standorte

Die Zahl der Mitglieder der Genossenschaft für Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer betrug zum Ende des letzten Jahres 39.756, das waren 131 mehr als zum Jahresende 2009 (39.625). Trotz der steigenden Zahl von Kanzleizusammenschlüssen, so Kempf, zeige sich daran das unverändert rege Interesse an den Leistungen der DATEV als genossenschaftlich organisierte Einrichtung.

Im ersten Halbjahr 2011 setzte DATEV 371,2 Mio. Euro (Vorjahr: 353,2) um. Dies bedeutet ein Umsatzwachstum von 5,1 Prozent. Die Zahl der Angestellten stieg auf 5.870. Für das Gesamtjahr hob der DATEV-Vorstand die Umsatzprognose auf 730 Mio. Euro an.

Auf Grund der positiven Geschäftsentwicklung und der gestiegenen Nachfrage in allen Produktgruppen investiert DATEV nicht nur in neue Technik, sondern auch in neue Standorte.

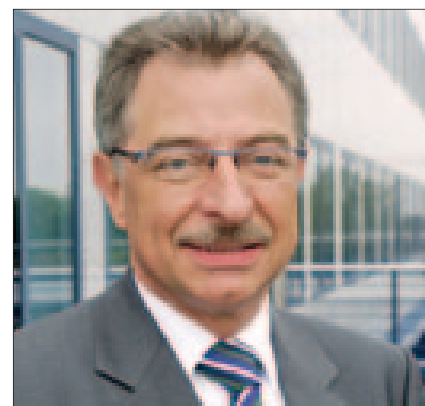
„Mittelstand pro“ heißt eine neue DATEV-Software für kaufmännische Prozesse in Unternehmen

## Neue Impulse durch Cloud Computing

Das zweithöchste absolute Umsatzplus erzielte DATEV laut Kempf mit der Produktgruppe Rechnungswesen, insbesondere mit den Lösungen für Unternehmen. „Vor allem bei den reinen Internet-Lösungen (Belegverwaltung online und Unternehmen online) machte sich der positive Trend zum Cloud Computing bemerkbar“, erläuterte Kempf. Die DATEV kann hier auf ihre langjährige Erfahrung zurückgreifen, die sie mit der zentralen Bereitstellung und dezentralen Nutzung der IT-Dienstleistungen hat, dem entscheidenden Merkmal beim Cloud Computing. Das wichtigste Thema der diesjährigen CeBIT habe den klassischen Rechenzentrumsdienstleistungen, wie sie DATEV seit über 40 Jahren anbiete, neue Impulse gegeben.

DATEV setzt allerdings nicht allein auf Cloud. „Wir legen großen Wert darauf, weiterhin sowohl Cloud- als auch Inhouse-Anwendungen sowie eine Kombination aus beiden anzubieten, um unseren Anwendern selbst die Wahl zu lassen, was sie nutzen wollen“, erläuterte Kempf. Außerdem stelle DATEV sich dem Trend zu mobilen Anwendungen und der Kommunikation über Social Media-Kanäle. So werden in Kürze unter anderem Teile der Steuer-, Rechts- und Wirtschaftsdatenbank LEXinform für den mobilen Zugriff über die DATEV-App freigeschaltet. Zusätzlichen Erfolg verspricht sich DATEV von Mittelstand pro, der ersten Komplett-Lösung des Nürnberger IT-Dienstleisters für die kaufmänni-

schen Prozesse in Unternehmen, die nun nach einer ausführlichen Testphase für den Markt freigegeben wurde. „Damit bieten wir eine Lösung an, die es insbesondere mittelständischen Unternehmen einfach macht, ihre betrieblichen Abläufe effizienter zu strukturieren und sie den Anforderungen des digitalen Zeitalters anzupassen“, erläuterte Kempf.



**DATEV-Chef Dieter Kempf**, zugleich auch Präsident des Branchenverbandes BITKOM

## Dieter Kempf zur aktuellen Politik

„... Bürokratieabbau darf nicht heißen: Vereinfachung für die staatliche Verwaltung, aber zusätzliche Lasten für Bürger und Unternehmen.“

„... (Steuersenkungen) sind aus meiner Sicht grundsätzlich zu befürworten, jedoch nur dann, wenn solche Steuersenkungen durch eine gleichzeitige dauerhafte Reduzierung der Ausgaben finanziert werden.“



Foto: AXA

„Der richtige Versicherungsschutz im Bereich der Elementargefahren kann die Existenz eines Unternehmens sichern“, weiß Guido Stier, Leiter Sachversicherung Industrie- und Firmenkunden bei AXA. „Gefragt sind allerdings individuelle und passgenaue Versicherungslösungen. Deshalb sollten sich Unternehmer im Vorfeld professionell zu den notwendigen und empfehlenswerten Policen für ihren Betrieb beraten lassen.“

### Unterstützung über finanzielle Leistung hinaus

Als einer der führenden Versicherer von Naturgefahren im deutschen Markt steht AXA Industrie- und Firmenkunden nicht nur mit umfangreichem Versicherungsschutz zur Seite: Versicherte profitieren außerdem von der Expertise, Beratungskompetenz und Erfahrung der international agierenden AXA Gruppe. Die Experten von AXA kommen aus unterschiedlichsten Fachrichtungen und gewährleisten so ein umfassendes Verständnis für die individuellen Bedürfnisse von Unternehmen. Von Schiffskapitänen über Geologen bis zu Schadenverhütungsingenieuren – die Spezialisten bieten umfassende Beratung zu bedarfsgerechtem Versicherungsschutz aus einer Hand. Tritt der Schadenfall ein, geht die Unterstützung in vielen Fällen über die vereinbarten finanziellen Leistungen hinaus: „Auf das Auftreten von Starkregen und Überschwemmungen haben wir keinen Einfluss. Aber wir können Unternehmen rasche Unterstützung und eine schnelle, unkomplizierte Schadenregulierung anbieten“, erklärt Guido Stier. Deshalb richtet AXA im Notfall regionale Anlaufstellen oder kostenlose Telefonnummern für Schadenmeldungen ein.

Als Mitglied in allen Gremien des Gesamtverbandes Deutscher Versicherer (GDV) im Bereich Klimawandel engagiert sich AXA intensiv für den Hochwasserschutz und trägt so zur Verbesserung von Prognosetechniken und Schadenverhütungsmaßnahmen bei. Dabei ist der Kölner Konzern auch regional tätig: AXA ist Gründungsmitglied des 2007 eingerichteten HochwasserKompetenzCentrums e. V. in Köln, das Wissenschaft und Praxis im Bereich des ganzheitlichen Hochwasserschutzes zusammenführt. AXA unterstützt hier zahlreiche Projekte – von der Planung von Hochwassertestanlagen über die Entwicklung einer Starkregen-Gefahrenkarte bis hin zur Überarbeitung und Erweiterung des „Zonierungssystems Überschwemmung, Rückstau, Starkregen“, kurz: ZÜRS. Letztere sind Grundlage für die Einschätzung der Gefährdung, die Entwicklung und Festlegung von Schadenverhütungsmaßnahmen sowie der Intensität des Versicherungsschutzes.

**Mehr Informationen:**  
[www.AXA.de/Geschaefstkunden](http://www.AXA.de/Geschaefstkunden)

„Auf das Auftreten von Starkregen und Überschwemmungen haben wir keinen Einfluss. Aber wir können Unternehmen rasche Unterstützung und eine schnelle, unkomplizierte Schadenregulierung anbieten“, erklärt Guido Stier von AXA

## Geschäftserfolg in trockenen Tüchern

AXA als starker Partner bei der Absicherung gegen die Folgen von Naturgefahren

Die zerstörerische Kraft von Starkregen und dadurch verursachten Überschwemmungen wird oft unterschätzt – obwohl das Unwetterisiko kontinuierlich steigt und unabhängig von der Jahreszeit jeder Ort in Deutschland betroffen sein kann. Dies ist nicht nur für Privathaushalte bedrohlich: Starkregen und Überschwemmungen können auch Unternehmen schwer schädigen. Deshalb sollten sich Unternehmer gegen die finanziellen und somit wirtschaftlichen Folgen sogenannter „nasser“ Elementargefahren wappnen: Mit einem starken Partner wie der AXA Versicherung können sie auf wasserfesten Versicherungsschutz vertrauen.

### Existenzbedrohungen Starkregen und Überschwemmung

Überschwemmungen – ob durch Starkregen, Schneeschmelze oder Hochwasser verursacht – können an Werkshallen, Betriebsgebäuden und Verwaltungsräumen erhebliche Schäden verursachen. Feuchte Keller, durchnässte Wände und kontaminierte Maschinen und Arbeitsplätze sind die Folge. Oft besteht in einer solchen Situation zudem ein Gesundheitsrisiko für Mitarbeiter und Kunden, denn in verunreinigtem Wasser können sich Keime und Krankheitserreger schnell ausbreiten. Die wirt-

schaftlichen Folgen für betroffene Unternehmen können verheerend sein: Für Renovierung und Wiederaufbau entstehen immense Kosten, die der Unternehmer allein kaum schultern kann. Zudem sind die Geschäftsräume nach einer Überschwemmung meist nur noch eingeschränkt bzw. gar nicht mehr zu nutzen, so dass der Unternehmer mitunter die Produktion unterbrechen muss.

### Oberwasser gewinnen

Unter Wasser stehende Fabrikhallen, Feuchtigkeitsschäden an Materialien und Produkten, weggeschwemmte Fuhrparks – ein risikoadäquater Versicherungsschutz bewahrt Unternehmer vor den finanziellen Folgen von Überschwemmungsschäden und wendet dadurch entstehende wirtschaftliche Schäden ab. Für Sachsubstanzschäden durch Starkregen und Überschwemmung kommen zum Beispiel eine Gebäude- und/oder eine Inhaltsversicherung sowie Spezialversicherungen wie eine Maschinen- bzw. Elektronikversicherung auf. Ergänzend ist eine Betriebsunterbrechungsversicherung ratsam: Muss der Unternehmer seinen Betrieb wegen eines versicherten Sachsubstanzschadens unterbrechen, erstattet die Versicherung die Ertragsanteile, die dem Unternehmer durch den Schadenfall zur Deckung der laufenden Kosten sowie als Gewinnanteil fehlen. So sorgt sie dafür, dass er den Geschäftsbetrieb so bald wie möglich wieder aufnehmen kann.



**GELD VON PRIVAT:  
Praktisch,  
aber gefährlich**

*Von Silke Becker*

**Eltern, Ehepartner oder enge Freunde - vor allem bei kleineren Beträgen leihen Unternehmer sich gerne mal Geld von Privat oder verleihen selbst an enge Freunde und Verwandte. Die Vorteile sind verlockend, die Risiken werden allerdings unterschätzt. Beim Geld hört nämlich nicht nur die Freundschaft auf...**

Warum von der Bank leihen, wenn die Schwiegereltern die nötigen Tausender auf dem Bankkonto liegen haben? Geringe oder gar keine Zinsen, kein Rating, keine Sicherheiten, keine Kreditgespräche, keine lästige Bonitätsprüfung. Auch umgekehrt möchten viele Unternehmer, bei denen es gerade gut läuft, nicht kleinlich sein und greifen anderen oft großzügig unter die Arme. Der Kredit made by family ist vor allem in der Startphase oder bei kleineren Summen beliebt. Eine schöne Sache, wenn alles glatt

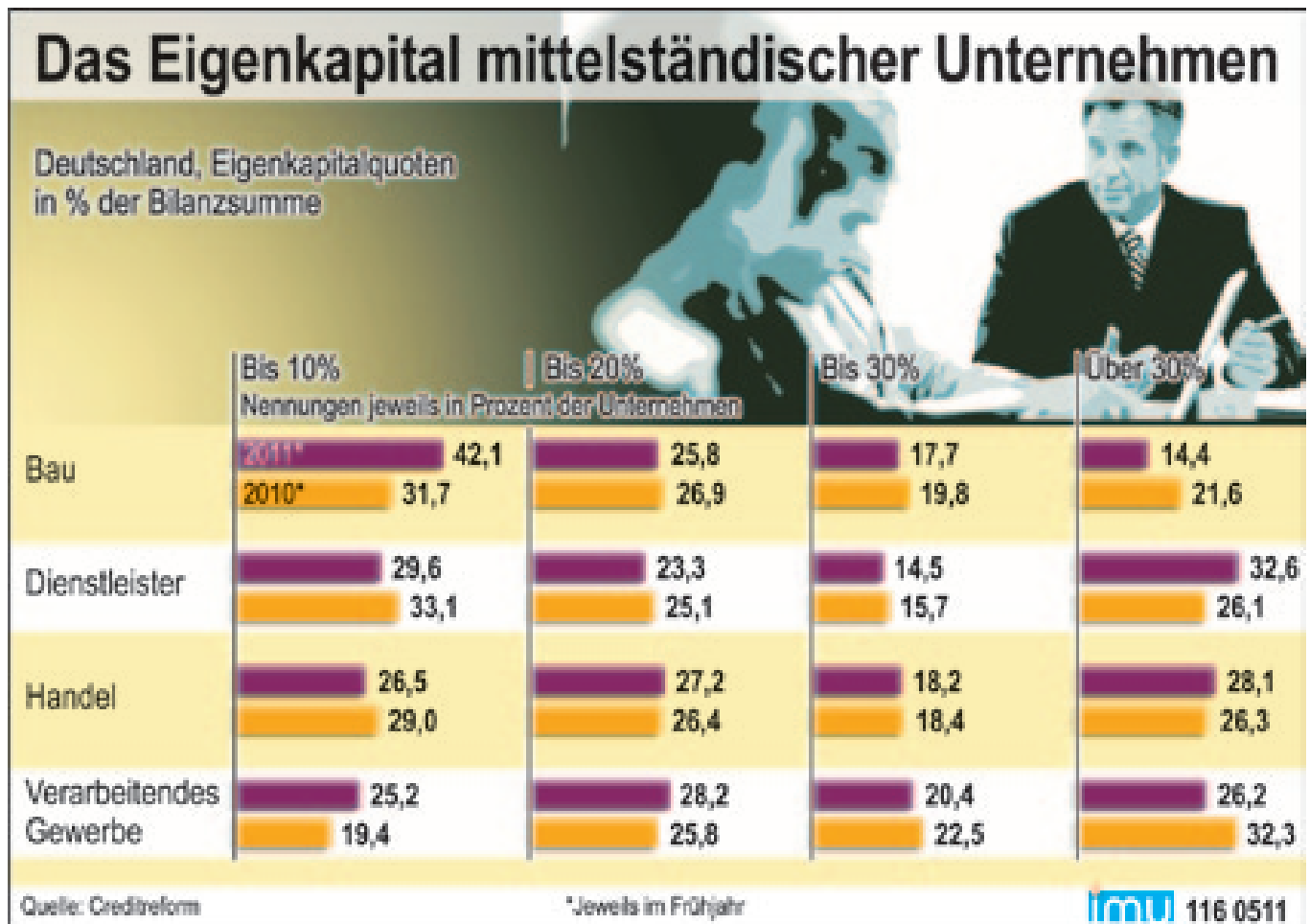
geht. Doch was, wenn das Geld nicht so zurückgezahlt wird, wie geplant? Was, wenn die Schwiegereltern oder der Partner nach massivem Ehekrach die gesamte Summe auf einen Schlag zurückhaben wollen? Was, wenn plötzlich Zinsen verlangt werden, über die vorher nie gesprochen wurde?

Gerade in Familien und unter engen Freunden neigt man dazu, die Details nicht sorgfältig genug zu diskutieren - wer will schon kleinkariert oder engstirnig daherkommen? Viele glauben auch, Verträge nicht nötig zu haben, weil man sich schon ewig kennt. Wer auf schriftlichen Regelungen besteht, signalisiert damit vermeintlich, dass er dem anderen nicht wirklich vertraut - in der Familie oder unter Kindergartenfreunden oft ein Ding der Unmöglichkeit. Doch bekanntlich hört beim Geld nicht nur die Freundschaft auf.

Gerade in der Familie geht es praktisch nie nur ums Finanzielle, sondern fast immer auch um Emotionales. Auseinandersetzungen drehen sich unterschwellig oft um Macht, Respekt, emotionale Verletzungen oder Geschwisterrivalität. Je besser also alle sachlich-finanziellen Fragen schon im Vorfeld geklärt sind und - ganz wichtig - auch schriftlich fixiert sind, desto geringer ist das Risiko, bei Problemen in ein regelrechtes Mienenfeld uralter Konflikte zu treten. Ein von beiden Parteien unterschriebener Vertrag schützt also vor Komplikationen. Und er hilft bei lästigen Rückfragen des Finanzamtes, wenn man Zinsen als Kosten geltend machen will (siehe Kasten).

**Der Vertrag**

„Wichtig ist, dass der Vertrag ausdrücklich das Wort ‚Darlehen‘ enthält“, erklärt Rechtsanwalt Harald



Rotter aus Köln, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Allgemeinanwälte des Deutschen Anwaltvereins. „Oft wird nämlich sonst im Streitfall behauptet, dass es sich um ein Geschenk gehandelt habe.“ Im Zweifel muss der Darlehensgeber dann beweisen, dass das Geld tatsächlich nur geliehen wurde. Zinsen muss man ausdrücklich vereinbaren. Wichtig sind dabei Regelungen über die Abrechnung der Zinsen. Ohne besondere Vereinbarung sind sie nämlich automatisch alle zwölf Monate nach Auszahlung des Darlehens fällig - egal, wann und wie der Kredit selbst zurückgezahlt wird. Wer will, dass das Geld nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden darf, wie beispielsweise den Kauf eines Computers, kann dies vertraglich regeln. „Man kann eine Zweckbindung vereinbaren oder festlegen, dass das Geld nicht an den Darlehensnehmer ausgezahlt wird, sondern die entsprechenden

Rechnungen direkt beglichen werden“, erklärt Rotter.

Auch die Rückzahlung des eigentlichen Darlehens sollte explizit festgelegt werden. Wenig empfehlenswert ist die gerade unter Verwandten beliebte Regelung „Gib mir irgendwann wieder, wenn du wieder Geld hast.“ Damit kann die Rückzahlung grundsätzlich bis zum St. Nimmerleinstag aufgeschoben werden. Dies klingt gerade in unsicheren Zeiten auf den ersten Blick verlockend, hat aber einen massiven Haken: „Wenn der Darlehensgeber die Geduld verliert und sein Geld wiederhaben möchte, kann er den Vertrag jederzeit kündigen. Ist nichts anderes vereinbart, gilt laut § 488 BGB eine Kündigungsfrist von drei Monaten“, erklärt Harald Rotter. Schlecht also, wenn so plötzlich kurzfristig und ganz unerwartet hohe Summen fällig werden, die das Unternehmen nicht verkraftet. Im besten Fall bekommt man

wenigstens noch einen teuren Bankkredit, im schlimmsten Fall muss man Insolvenz anmelden. „Unternehmer, die sich bei der Rückzahlung nicht festlegen wollen, sollten ausdrücklich vereinbaren, dass die Kündigung nicht vor einem bestimmten Termin verlangt werden kann und eine mög-



Rechtsanwalt **Harald Rotter**

### Sonderkonditionen für den Mittelstand

## Günstiges Geld für etablierte Unternehmen

#### ► Neuer „KfW-Unternehmerkredit“

- Finanzierung mittel- und langfristiger Vorhaben im In- und Ausland
- Günstige kundenindividuelle Zinssätze
- Sichere Kalkulationsgrundlage durch Zinsfestschreibung
- Mehr Liquidität durch tilgungsfreie Anlaufjahre

#### ► Extras für kleine und mittlere Unternehmen

- Zusätzliche Zinsverbilligung
- Nachrangvariante zur Verbesserung der Bonität

#### ► Bis zu 10 Mio. € pro Vorhaben

Quelle: KfW Bankengruppe

**imw** 302 0311

lichst lange Kündigungsfrist festlegen“, rät Rotter. „Man kann auch vorab vereinbaren, dass das Darlehen im Fall der Kündigung in bestimmten Raten zurückzuzahlen ist.“

**Wichtig:  
Rückzahlungsvereinbarungen**

Besser kalkulierbar für beide Seiten sind feste Rückzahlungsvereinbarungen, denn hier hat der Darlehensgeber unter normalen Bedingungen keine Möglichkeit, sein Geld vorzeitig zurückzufordern. Nur wenn die Fortsetzung des Vertrags unzumutbar ist, kann er - gegebenenfalls nach einer Abmahnung - den Vertrag kündigen. Das ist etwa bei massiver Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Darlehensnehmers der Fall oder wenn dieser unregelmäßig, chronisch unpünktlich oder gar nicht zahlt. Übrigens: Private Streitereien, etwa dass der Partner sich erst viel Geld für die

Firma leiht und dann fremdgeht, sind in der Regel kein ausreichender Grund für eine außerordentliche Kündigung.

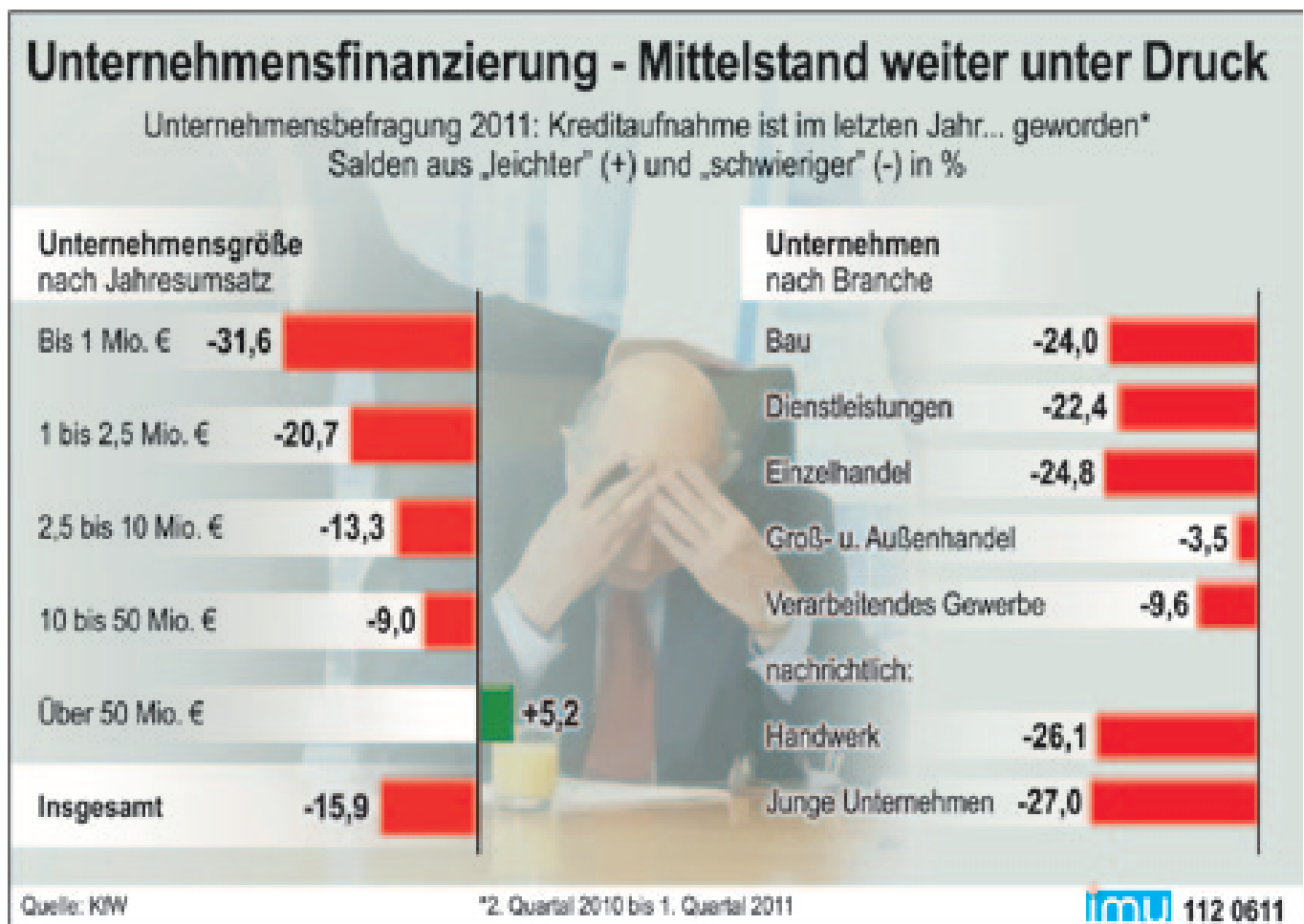
Bei der Rückzahlung kann man sich auf einen bestimmten Termin festlegen, an dem man die gesamte Summe auf einen Schlag zurückzahlt. Das macht Sinn, wenn man absehbar einen größeren Geldbetrag erwartet, etwa aus einem Sparvertrag. Wichtig: Man sollte absolut pünktlich zahlen. „Ist das Geld nicht zum vereinbarten Zeitpunkt auf dem Konto des Darlehensgebers, gerät der Darlehensnehmer ohne Mahnung sofort in Verzug“, erklärt Harald Rotter. Geht der Kreditgeber dann aus Wut umgehend zum Anwalt, muss man sämtliche damit verbundenen Kosten tragen.

Alternativ vereinbart man eine Ratenzahlung, beispielsweise monatlich 500 Euro. Damit es hier nicht wegen unregelmäßiger Zahlungen zu einem

ewigen hin und her kommt, empfiehlt Harald Rotter eine Formulierung wie die Folgende in den Vertrag einzubauen. „Sobald der Darlehensnehmer mit zwei Raten mehr als xy Tage in Rückstand gerät, wird das Darlehen mit der gesamten Restsumme sofort fällig.“ Noch ausstehende Beträge summieren sich dann auf. Werden beispielsweise statt der vereinbarten 500 Euro mal 150, mal nichts und mal 250 Euro gezahlt, ist nach drei Monaten der komplette Rest fällig.

**Sicherheiten einbauen**

Zahlen muss übrigens grundsätzlich nur derjenige, der den Vertrag auch tatsächlich unterschrieben hat. Der Ehepartner des Darlehensnehmers ist nur in der Pflicht, wenn er eine entsprechende Bürgschaft ausdrücklich per Unterschrift bestätigt. Außerdem gilt: Der Kreditgeber hat nur Anspruch auf die Rückzahlung des ausste-



henden Betrages. „Von dem geliehenen Geld gekaufte Gegenstände gehören dem Darlehensnehmer“, erklärt Rotter. Trotz aller berechtigten Ansprüche kann ein frustrierter Geldgeber also nicht einfach wutschnaubend den mit dem Darlehen finanzierten Computer einkassieren, weil das Geld nicht wie vereinbart zurückgezahlt wurde. „Bei hohen Summen empfiehlt sich möglicherweise eine Eigentumssicherungsabtretung, also eine explizite Regelung, dass die gekauften Gegenstände bis zur vollständigen Rückzahlung dem Darlehensgeber gehören“, erklärt Rotter. „Bei sehr hohen Summen sollte man außerdem überlegen, sich Sicherheiten geben zu lassen.“ Dazu kommt beispielsweise das Haus des Kreditnehmers (Eintragung ins Grundbuch) oder aber die Abtretung einer Lebensversicherung in Frage.

Der tollste Vertrag nützt allerdings gar nichts, wenn der Darlehensnehmer im Falle eines Falles behauptet, er habe das Geld überhaupt nicht bekommen. „Der Zahlungsvorgang und der Darlehensvertrag sind zwei getrennte Vorgänge“, erklärt Rotter. Bei Barzahlung lässt man sich also den ausgezahlten Darlehensbetrag ausdrücklich quittieren, Überweisungen kennzeichnet man so eindeutig, dass keine Zweifel möglich sind.

## DARLEHENSVERTRAG

**Diese Elemente sollte ein Darlehensvertrag enthalten. Empfehlung von Harald Rotter, Rechtsanwalt aus Köln**

- die Überschrift „Darlehensvertrag“
- Name und Anschrift der vertrags-schließenden Parteien
- die Darlehenssumme
- den Zeitpunkt der Auszahlung
- den Zeitpunkt der Rückzahlung
- die Rückzahlungsmodalitäten (wann wird wieviel zurückgezahlt?)
- ob und wenn ja welche Zinsen gezahlt werden
- wann ggf. Zinsen gezahlt werden
- ggf Kündigungsfristen

## DAS FINANZAMT



Worauf man dabei achten sollte, erklärt Rechtsanwalt und Steuerberater **Markus Deutsch**

**Unternehmer können auch bei privaten Krediten die Kreditzinsen als Kosten geltend machen. Worauf man dabei achten sollte, erklärt Rechtsanwalt und Steuerberater Markus Deutsch vom Deutschen Steuerberaterverband:**

*Macht es steuerlich gesehen einen Unterschied ob das Unternehmen sich Geld von privat oder bei der Bank leiht?*

**Markus Deutsch:** Nein, in beiden Fällen kann man die Zinsen als Kosten geltend machen.

*Welche Bedingungen stellt das Finanzamt, damit das möglich ist?*

**Deutsch:** Grundsätzlich muss der Vertrag ernstlich vereinbart und tatsächlich durchgeführt werden sowie einem Fremdvergleich standhalten. Besondere Formvorschriften gibt es dabei nicht. Allerdings sollte man schon im eigenen Interesse dafür sorgen, dass die gesamte Abwicklung für die Behörde transparent und nachvollziehbar ist. Je weniger Fragen und Zweifel aufkommen, desto besser.

*Was empfehlen Sie dazu?*

**Deutsch:** Sinnvoll ist ein schriftlicher Darlehensvertrag. Die Rückzahlungen sollten regelmäßig erfolgen und eindeutig nachweisbar sein. Barzahlung ist im Geschäftsleben ja eher unüblich, deshalb sollte man sich gegebenenfalls unbedingt Quittungen über alle Zahlungen geben lassen. Unregelmäßige Zahlungen sind ein starkes Indiz, dass der Vertrag nicht tatsächlich durchgeführt wird. Werden sehr hohe Zinsen angesetzt, entsteht leicht der Verdacht, dass damit Einkünfte verlagert werden sollen.

*Was muss der Darlehensgeber beachten?*

**Deutsch:** Zinseinnahmen sind steuerpflichtig. Man muss die entsprechenden Einnahmen deshalb in der Steuererklärung deklarieren. Grundsätzlich muss man 25 Prozent Abgeltungssteuer sowie den Soli und gegebenenfalls die Kirchensteuer zahlen, der Sparerpauschbetrag von 801 Euro gilt.

*Gilt diese Regelung auch unter Verwandten?*

**Deutsch:** Leider ist die Situation beim Geldverleih zwischen nahestehenden Personen, beispielsweise innerhalb der Familie, etwas komplizierter. Wenn das Geld nicht für private Zwecke verliehen wird, also etwa in das Unternehmen investiert wird, erhöhen die Zinseinnahmen das steuerpflichtige Einkommen des Darlehensgebers und müssen mit dem persönlichen Steuersatz versteuert werden. Allerdings kann der Geldgeber dann eventuelle Kosten im Zusammenhang mit dem Kredit geltend machen. Verleiht man dagegen das Geld für private Zwecke, gilt für die Zinseinnahmen die pauschale Abgeltungssteuer von 25 Prozent.





# Der neue Volvo V60: ein authentischer Sportkombi

**Der neue Volvo V 60 hat uns wirklich beeindruckt:** ein modernes, innovatives und sicherheitsorientiertes Auto für Mittelständler

Überaus dynamisch, elegant und innovativ – so präsentiert sich der neue Volvo V60. Mit diesem Sportkombi stellt der schwedische Premium-Hersteller eindrucksvoll seine herausragende Kompetenz in dieser Fahrzeugklasse unter Beweis. Der Fünftürer begeistert mit hoher Va-

riabilität, großzügigen Platzverhältnissen und einer Vielzahl hochmoderner Sicherheits- und Fahrerassistenzsysteme. So ist der Volvo V60 serienmäßig mit dem preisgekrönten City Safety System ausgestattet, das Auffahrunfälle vollständig verhindern oder zumindest die

Unfallfolgen deutlich reduzieren kann. Außerdem steht für den Sportkombi die einzigartige Fußgängererkennung mit automatischer Vollbremsung zur Verfügung. Das radar- und kameragestützte System erkennt Fußgänger, die vor dem Fahrzeug die Straße betreten, und aktiviert eigenständig die volle Bremskraft, falls der Fahrer nicht rechtzeitig reagiert.

Die Antriebspalette des neuen Volvo V60 beinhaltet die neuen sparsamen GTDI-Benzinmotoren, hinzu kommen Dieselmotoren der neuesten Generation. Alle Triebwerke sind zur Reduzierung von Verbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen serienmäßig mit einer Bremsenergie-Rückgewinnung kombiniert. Beim neuen Volvo V60 hat der schwedische Hersteller seine über 50-jährige Erfahrung in der Entwicklung moderner Kombi-Fahrzeuge eingebracht. Zugleich repräsentiert der Sportkombi die dynamische Formensprache von Volvo. Der neue Volvo V60 beeindruckt durch Qualität bis ins Detail, vorbildliche Sicherheit, erstklassigen Komfort und hohe Variabilität. *G.K.*



# geschäftstüchtlich

Kostenlose Kontoführung

**0,00 Euro\***

Postbank Business Giro

Bis zu

**1,35 % p.a.\*\***

Business SparCard

Klasse, wie meine Bank  
ihr Geschäft versteht ...  
und auch meines!

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

- [www.postbank.de/geschaeftskunden](http://www.postbank.de/geschaeftskunden)
- Postbank Business-Center, 0180 4440400\*\*\*
- Postbank Finanzcenter, [www.postbank.de/filial-suche](http://www.postbank.de/filial-suche)

**Postbank**  
GESCHÄFTSKUNDEN

\* Ab 10.000 € durchschnittlichem Habensaldo im Monat. \*\* Ab 50.000 € bis 1 Mio. €, Zinssatz variabel. \*\*\* 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz; Mobilfunktarif max. 42 Cent/Minute.

## RECHT IM GESPRÄCH



**Wolf-Dietrich Bartsch,**  
Rechtsanwalt  
und Notar,

stellt sich den Fragen unserer Leser

*Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.*

*Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.*

**Aber Achtung:** *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

**Eine mietrechtliche Frage beschäftigt unseren Leser Björn F. Ihm gehören verschiedene Wohnungen, die allerdings in verschiedenen Gebäuden liegen. Dies ist gerade bei den Nebenkostenabrechnungen ein erheblicher Aufwand. Er hat gehört, dass dort gewisse „Zusammenfassungen“ möglich sein sollen.**

Eine Zusammenfassung verschiedener Wohnungen in einer Betriebskostenabrechnung als Abrechnungseinheit ist grundsätzlich möglich. Dies hat der Bundesgerichtshof jetzt wieder bestätigt. Die Abrechnung muss bestimmten Anforderungen genügen. Sie muss eine geordnete Zusammenstellung der

Einnahmen und Ausgaben darstellen. Aus der Abrechnung müssen mindestens folgende Gesichtspunkte erkennbar sein:

Die Abrechnung muss eine Zusammenstellung der Gesamtkosten, die Angabe und Erläuterung der zugrunde gelegten Verteilerschlüssel, die Berechnung des Anteils des Mieters und den Abzug der geleisteten Vorauszahlungen enthalten. Dies ist auch bei einer gebäudeübergreifenden Abrechnung möglich. Die Rechtsprechung hat bestimmte Voraussetzungen festgelegt, die vorliegen müssen. Es muss eine einheitliche Verwaltung für die verschiedenen Gebäude gegeben sein. Die Objekte müssen in Bauweise, Gesamtwohnfläche und Ausstattung weitestgehend baugleich sein. In dem zu entscheidenden Fall befanden sich die verschiedenen Häuser auch in einer zusammenhängend errichteten Häuserzeile.

Der Bundesgerichtshof sieht für die Mieter auch Vorteile. Eine einheitliche Verwaltung hilft oftmals, Verwaltungskosten für die einzelnen Objekte zu sparen.

**Praxistipp:** Es muss in solchen Fällen sicherlich stets der Einzelfall und die Situation vor Ort genau betrachtet werden. Von daher ist dringend zu empfehlen, sich vorab bei einem Fachanwalt für Mietrecht zu erkundigen. Dies kann helfen, erheblichen Ärger mit den Mietern zu vermeiden.

**Im zweiten Teil dieser Rubrik beschäftigen wir uns diesmal mit einer interessanten arbeitsrechtlichen Frage. Das Landesarbeitsgericht Köln musste in einem Streit zwischen dem Betriebsrat und einem Flughafenbetreiber entscheiden. Es ging um eine Dienstanweisung zum äußeren Erscheinungsbild der Mitarbeiter.**

Dieser Rechtsstreit hat eigentlich einen etwas unspektakulären Aufhänger: Inwieweit hat der Betriebsrat bei bestimmten Belangen des Betriebes Mitspracherechte? Tatsächlich musste aber darüber entschieden werden, ob ein Arbeitgeber seinen Mitarbeitern die Farbe ihrer Unterwäsche, die Länge ihrer Fingernägel oder auch das Outfit der Strumpfhosen vorschreiben darf.

Die zentrale Frage war also, ob das äußerliche Erscheinungsbild des Mitarbeiters zu dem gewünschten Erscheinungsbild der Firma passt und bis zu welchem Grad der Mitarbeiter einen Eingriff in seine Privatsphäre bzw. seine Persönlichkeit dulden muss. Konflikte sind insoweit vorprogrammiert.

Für Mitarbeiter des Flughafens hat das Landesarbeitsgericht Köln in seiner Entscheidung (Az: 3 Ta BV 15/10) sehr feinsinnig unterschieden z.B. zwischen der Länge und der Farbe der Fingernägel der Mitarbeiterinnen. Eine Regelung zu der Länge der Fingernägel ist gestattet, während die Regelung, dass die Fingernägel einfarbig lackiert sein müssen, unzulässig ist. Eine Regelung zur Farbe der Haare ist ebenfalls unzulässig. Regelungen zum Tragen der Unterwäsche oder zum Aussehen der Strumpfhosen hält das Gericht für zulässig. Das Gericht begründet dieses damit, dass das von den Kunden wahrgenommene Erscheinungsbild der Mitarbeiter wesentlich durch die einheitliche Kleidung geprägt wird. Haarfarbe und Frisuren der Mitarbeiter seien hierfür eher unbedeutend. Die Vorschrift, wonach von den Mitarbeitern das Tragen von Unterwäsche verlangt wird, wird ebenfalls als zulässig anerkannt, da doch so die Unterwäsche geschützt und weniger schnell abgenutzt wird. Solange den Mitarbeitern ein Wahlrecht verbleibt und kein konkretes Wäschestück vorgeschrieben wird, sei das Ganze verhältnismäßig.

Diese Entscheidung ist Arbeitgebern, die eine ähnliche Regelung im Rahmen einer Betriebsvereinbarung treffen wollen, dringend ans Herz zu legen. Zum Einen ist sie amüsant zu lesen. Zum Anderen macht sie deutlich, wie schwierig eine Abwägung im Hinblick auf einzelne Berufszweige ist. Auch insoweit kann nur empfohlen werden, sich im Vorwege den Rat eines Fachanwalts für Arbeitsrecht einzuholen, bevor es zum Konflikt mit dem Betriebsrat und den Mitarbeitern kommt.

**Schreiben Sie uns: [rechtsfragen@mitmagazin.com](mailto:rechtsfragen@mitmagazin.com)**

## Wasserverbrauch: geeicht oder nicht?

BGH; Urteil vom 17.11.2010;  
VIII ZR 112/10

Nebenkostenabrechnung sind immer wieder Anlass für erheblichen Ärger. Vermieter und Mieter tun also gut daran, die notwendige Klarheit bereits im Mietvertrag zu schaffen. Nur so kann (meistens) zukünftiger Ärger vermieden werden. Ist im Mietvertrag vereinbart, dass nur der erfasste Verbrauch Grundlage für die Abrechnung sein darf, so ist die Ausgangslage eigentlich klar.

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs kommt es damit nur noch darauf an, ob der tatsächliche Verbrauch richtig erfasst worden ist. Benutzt der Vermieter hierfür geeichte Geräte, so gilt die Vermutung, dass diese den tatsächlichen Verbrauch zutreffend wiedergeben. Bei einem nicht oder nicht mehr geeichten Gerät gilt diese Vermutung nicht. Der Vermieter muss dann im Gerichtsverfahren den vollen Beweis dafür erbringen, dass die abgelesenen Werte dem tatsächlichen Verbrauch entsprechen. Der Vermieter sollte also regelmäßig überprüfen, ob seine Erfassungsgeräte noch geeicht sind.

## Doppelt gemoppelt ist einmal zuviel

OVG Bautzen; Urteil vom 26.08.2010;  
3 A 176/10

Die Situation ist nicht ungewöhnlich: Jemand ist mit einem Kraftfahrzeug zu schnell gefahren. Es erfolgt eine Anhörung. Der tatsächliche Fahrer wird nicht mitgeteilt. Die Behörde wird dann bei Vorlage bestimmter Voraussetzungen den Halter des Fahrzeuges verpflichten, ein Fahrtenbuch zu führen.

Das Oberverwaltungsgericht Bautzen hatte nun aber den Fall zu entscheiden, dass der Halter der betreffenden Fahrzeuge ein Fuhrunternehmen betreibt. In diesem Fuhrunternehmen sind die Kraftfahrzeuge, vornehmlich die Lastkraftwagen mit Fahrtschreibern ausgerüstet. Gleichwohl hatte

## AKTUELLE URTEILE

Zusammengestellt  
von Wolf-Dietrich  
Bartsch, Rechtsanwalt  
und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

die Behörde das Führen des Fahrtenbuchs verlangt.

Das OVG Bautzen sieht dies anders. Das Fahrtenbuch dient einzig und allein dazu, den Führer des entsprechenden Kraftfahrzeuges im Falle einer Ordnungswidrigkeit zu ermitteln. Ist der Lastkraftwagen aber ohnehin mit einem Fahrtschreiber ausgestattet, so ist das Fahrtenbuch für die Ermittlung des Fahrers nicht erforderlich. Das Schaublatt, welches durch den Fahrtschreiber ausgefüllt wird, weist den Fahrer aus. Auch die Fahrtstrecke sowie weitere Details der Fahrt können nachvollzogen werden. Der Fahrzeugführer ist verpflichtet, vor Antritt der Fahrt seinen Namen einzutragen sowie den Ausgangspunkt und das Datum der Fahrt zu bezeichnen. Auch der Kilometerstand ist zu notieren. Mehr ist aus einem Fahrtenbuch auch nicht zu ersehen. Eine Fahrtenbuchaufgabe zusätzlich zu dem Fahrtschreiber ist also, so dass Oberverwaltungsgericht richtigerweise, unverhältnismäßig.

## Zeit ist Geld

OLG Hamm; Urteil vom 08.02.2011;  
21 U 88/10

Handwerker haben verschiedene Möglichkeiten der Abrechnung. Sie können einen Pauschalwerklohn mit dem Auftraggeber vereinbaren. Sie können nach Einheitspreisen abrechnen. Manche Handwerker arbeiten aber auch grundsätzlich auf Stundenlohnbasis oder es werden bestimmte Arbeiten nach Aufwand und Stundenlohn abgerechnet. Bei diesen

Stundenlohnarbeiten besteht oftmals das Problem, die Zeiten nachzuweisen. Grundsätzlich sind die Handwerker gehalten, so genannte Stundenzettel zu führen. Darauf sind die Zeiten, die Mitarbeiter und die durchgeführten Arbeiten einzutragen. Der Auftraggeber soll dann diese Zeiten abzeichnen. Sobald dieses geschehen ist, hat der Handwerker seinen Nachweis für die Schlussrechnung. Dieses wird in der Hektik des Arbeitsalltages aber oftmals vergessen und manchmal weigert sich auch ein Auftraggeber, diese Zettel gegenzuzeichnen.

Das Oberlandesgericht Hamm musste in einem Fall entscheiden, indem der Auftraggeber die Stundenlohnzettel nicht gegengezeichnet hatte. Er zahlte nicht. Es liegt nun an dem Handwerker, den Nachweis zu führen, dass tatsächlich entsprechende Arbeiten in dem angegebenen zeitlichen Umfang durchgeführt worden sind. Insoweit sind Zeugen nicht immer ein gutes Beweismittel. Auch in diesem Fall konnten sich die Zeugen, nämlich die Mitarbeiter des Handwerkers, nicht genau an die Arbeitszeiten erinnern. Es gab aber so genannte Rapportzettel, die damals erstellt worden sind. Es wurden dort die einzelnen Mitarbeiter und die auf sie entfallenden Stunden eingetragen. Auch die Art der durchgeführten Arbeiten war benannt. Es fehlte nur die Unterschrift des Auftraggebers. Das Oberlandesgericht ließ diese Rapportzettel genügen, da die Mitarbeiter sich daran erinnerten, dass die Zettel damals bereits korrekt ausgefüllt worden sind. Sie konnten sich nur nicht an den genauen Inhalt der einzelnen Zettel erinnern.

**Praxistipp:** Es kann jedem Handwerker nur dringend empfohlen werden, die Stundenzettel genau auszufüllen und unmittelbar seinem Auftraggeber zum Gegenzeichnen vorzulegen. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass er zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr den Nachweis für die einzelnen Stunden führen kann und womöglich auf die eigentlich verdiente Entlohnung verzichten muss.



## BETRIEBSPRÜFUNG

# Firmenwagen und Fahrtenbuch im Visier

Gegen ungerechtfertigte Steuernachforderungen gibt es nur ein Mittel: eine ordnungsgemäße, detailliert belegte Buchführung. Nachlässigkeit kommt hier bei der Betriebsprüfung teuer zu stehen

**Immer häufiger nehmen die Betriebsprüfer der Finanzämter auch kleinere Posten genau unter die Lupe – bei den Betriebsausgaben von selbstständigen Unternehmern und Freiberuflern insbesondere die Kraftstoffkosten für den oder die Firmenwagen. Gegen ungerechtfertigte Steuernachforderungen gibt es nur ein Mittel: eine ordnungsgemäße, detailliert belegte Buchführung. Nachlässigkeit kommt hier bei der Betriebsprüfung teuer zu stehen.**

Für die Betriebsprüferin war klar: Hier wurde getrickst, um die steuerlich absetzbaren Betriebsausgaben zu mehren. 18, 10 und 14 Liter Kraftstoff verbrauchte der auch privat genutzte Geschäftswagen in den untersuchten drei Jahren pro betrieblich gefahrenen Kilometer. Der Hersteller gab den Durchschnittsverbrauch aber nur mit 9,8 Litern an.

„Die Betriebsprüfer schauen sich das Kraftstoffkonto und das Fahrtenbuch sehr genau an, wenn der Unternehmer oder Freiberufler sich für den Einzelnachweis der betrieblichen Kfz-Kosten entschieden hat“, sagt Ecovis-Steuerberater René Linke. Denn sie wissen sehr wohl um die Versuchung, einen Teil der privaten Tankkosten übers Geschäft abzurechnen. Und das wollen sie verhindern.

### MIT ADAC-TABELLEN KONTERN

„Auf die nach EU-Norm ermittelten Verbrauchswerte der Autohersteller muss man sich aber nicht festnageln lassen“, erklärt Linke. „Denn damit lassen sich zwar dank einheitlicher Maßstäbe verschiedene Automodelle vergleichen, der individuelle Verbrauch ist aber meist höher als unter den etwas realitätsfremden Modellannahmen. Da kann man dann mit den ADAC-Tabellen kontern“, sagt Linke. Auch wer eine höhere Zuladung glaubhaft machen kann, weil er das Fahrzeug zur Auslieferung verwendet, oder Fahrten mit Anhänger, der hat grundsätzlich gute Argumente.

Im Beispielfall stach die Anhänger-Karte aber nur teilweise. Die Extremwerte im ersten und dritten Jahr, die das Misstrauen des Prüfers geweckt hatten, waren einfach zu hoch. „Da muss man sich schon überlegen, ob man vors Finanzgericht ziehen will, oder lieber – wie bei Betriebsprüfungen gang und gäbe – wie auf dem Basar handelt“, sagt Linke. Auch hier stand am Ende ein Kompromiss: 12 Liter je betrieblich gefahrenem Kilometer in allen drei Jahren.

### VORSICHT BEIM FAHRTENBUCH

Zu warnen ist davor, die Eintragungen im Fahrtenbuch zu frisieren. Wer seinen Firmenwagen, einen Audi A 4, laut Fahrtenbuch zwei Tage lang überhaupt nicht bewegt, aber am ersten 50 Liter Benzin und am zweiten angeblich weitere 50 Liter auf Geschäftskosten getankt hat, riskiert nicht nur Ärger.

Der Prüfer kann daraus nämlich den Schluss ziehen, dass das Fahrtenbuch nicht ordnungsgemäß geführt wurde und daher nicht verwertbar ist. Das bedeutet, dass die Pauschalregelung angewandt wird, also der private Nutzungsanteil mit monatlich ein Prozent des Listenpreises angesetzt ist. Der Steuerzahler stellt sich damit in der Regel schlechter als mit dem Einzelnachweis. „Und der Prüfer wird sich das Fahrtenbuch Eintrag für Eintrag vornehmen, um weitere Ungereimtheiten aufzudecken“, weiß Ecovis-Steuerberater Horst Knorr.

### Im Fokus: Mehrere privat mitgenutzte Geschäftswagen

Besondere Aufmerksamkeit schenken die Prüfer auch Fällen, in denen mehrere zum Betriebsvermögen gehörende Pkw auch von Familienmitgliedern für Privatfahrten genutzt werden. Damit fährt die Familie bei pauschaler Ermittlung des privaten Nutzungsanteils nach der Ein-Prozent-Regel unter Umständen besser, als wenn sich die Ehefrau und volljährige Kinder ein eigenes Auto anschaffen. Um Missbrauch zu vermeiden, spricht: dass das eine oder andere Auto mehr als notwendig auf Firmenkosten fährt, hat die Finanzverwaltung hier 2009 die Regeln verschärft.

Am besten lässt sich das an einem Beispiel erläutern: Zum Betriebsvermögen eines Unternehmers gehören sechs Fahrzeuge, davon ein Lieferwagen und fünf Pkw. Einer wird ausschließlich von einem Angestellten auch privat genutzt, der entsprechende geldwerte Vorteil wird lohnversteuert. Alle Fahrzeuge werden, wie es das Gesetz für die Anwendung der Ein-Prozent-Regel bei Selbstständigen fordert, zu mehr als 50 Prozent betrieblich genutzt. Im Privatvermögen des Unternehmers, seiner Ehefrau und seiner volljährigen Tochter, die alle einen Führerschein haben, befindet sich kein weiteres Auto. Für den Unternehmer bedeutet dies, wenn er im Beispielfall in seiner Steuererklärung drei Fahrzeuge als voll betrieblich genutzt deklariert hat, wird der Betriebsprüfer nur zwei – den Lieferwagen und den Firmenwagen des Angestellten – anerkennen.

*Mehr zum Thema Betriebsprüfung (inkl. Checkliste) lesen Sie auch in der Ecovis-Broschüre „So bestehen Sie die Betriebsprüfung“, die Sie sich unter [www.ecovis.com/betriebspruefung](http://www.ecovis.com/betriebspruefung) kostenlos downloaden können.*

# Bilderbuch-Insulaner

Die Männer auf Sylt, das ist schon ein besonderer Menschenschlag. So etwas findest du auf der Welt nicht noch einmal. Gerade gewachsen, wasserblaue Augen, der Teint bronzefarben und das lockige Haar platinblond. Wenn sie anheben, mit einschmelzendem Bassbariton zu reden, schmelzen Frauen dahin wie Butter in der Sonne, ja, nicht selten stellen sie in Sekundenschnelle ihre Lebensplanung um und wünschen sich mit diesem Modellathleten eine Schar blonder Kinder mit wasserblauen Augen.

Bestes Beispiel ist mein Kumpel Momme. Die Jugend in den Siebzigern vertändelte er mit dem Surfbrett am Weststrand. Der regelmäßige Schulbesuch geriet dabei ins Hintertreffen. Drei Sommer lang genoss er das Leben als Rettungsschwimmer am Strandabschnitt Oase, wo er mit seinem Waschbrettbauch den Frauen und einer bestimmten Spezies von Kerlen den Kopf verdrehte. Des Nachts kellnerte er in Kampener Szenelokalen, machte da die dicke Kohle und verbrachte die jeweils folgenden Winter auf Hawaii.

güterte, reifere, allein stehende Unternehmerwitwe aus Bad Homburg kennen. Die nahm sich seiner ökonomischen Blockaden an, verpasste ihm einen Crashkurs in BWL und coachte ihn finanziell.

Er sattelte um auf Immobilienmakler. Noch in der Stunde, in der ein Sylter japsend seinen Löffel abgab, kreuzte Momme bei den Erben auf, um sich den Erstzugriff auf die Hütte des Verblichenen zu sichern. Merke: Was den Physikern die Atomspaltung ist, das ist dem Sylter Hausmakler die Teilungsgenehmigung – damit wird die Welt verändert!

abgeschlossener Vermögensbildung. Er unterstützt die Freiwillige Feuerwehr und wenn im Frühjahr das Fußball zur Strandreinigung antritt, stiftet Momme die wärmende Erbsensuppe hinterher.

Das ist Charity gepaart mit Volksnähe. Das hat sozialen Chic. Wenn hier die Hummer ins kochende Wasser geworfen und die Dom Perignon-Flaschen entkorkt werden, ist die Spendenbereitschaft groß: Wenn's unbar übers Konto läuft, dann kann er es absetzen oder wenn bar cash Kralle, dann gibt's was vom Schwarzgeld – schließlich kann man ja nicht alles in der Spielbank verzocken oder im Puff verbubeln...

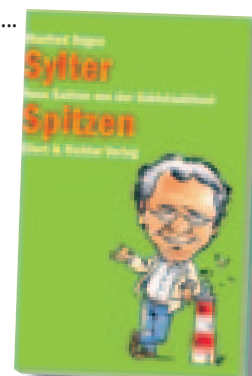
Zurückgekehrt, eröffnete Momme einen Surfklamottenladen in der Friedrichstraße, bekam die Begriffe „Umsatz“ und „Gewinn“ aber nicht sortiert und legte eine krachende Insolvenz hin, was bei einer Ladenpacht von damals 12.000 Mark eine leichte Übung war. Zufällig lernte er mitten in der Krise eine be-

Sein Sohn, eine beiläufige Dünenzeugung, erhielt zu Mommes Leidwesen in der vierten Klasse keine Gymnasialempfehlung. Daraufhin lud der Vater das Kollegium zu einer opulenten Weihnachtsfeier in die Sansibar ein. Das wirkte, die Lehrerschaft korrigierte ihre Weichenstellung. Doch der Filius raffte es nicht, wurde Jahr für Jahr nach unten durchgereicht, bis er wieder auf dem „Brettergymnasium“ gelandet war.

Der Alte privatisiert unterdessen als Frührentner mit

**Manfred Degen** ist vielen bekannt als der Sylter Insel-Kabarettist, tritt aber auch bundesweit auf und ist auf Firmenevents oder Incentive-Veranstaltungen ein gern gesehener und viel gebuchter Unterhaltungskünstler

Info: [www.Manfred-Degen.de](http://www.Manfred-Degen.de)



## Sylter Spitzen

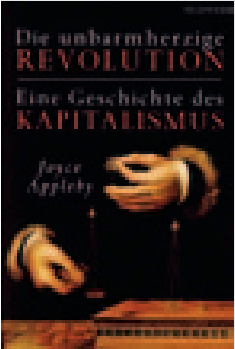
192 Seiten, Broschur  
8,95 Euro,

ISBN 978-3-8319-0417-4

Verlag Ellert & Richter, Hamburg

**Die unbarmherzige Revolution**

Eine Geschichte des Kapitalismus  
Joyce Appleby  
Geb., 686 S., 36,- Euro  
Murrmann, ISBN 978-3-86774-135-4



Wie eine gute Detektivgeschichte beginnt auch die Geschichte des Kapitalismus mit einem Rätsel. Jahrtausendlang hatte sich der Handel in traditionellen, landwirtschaftlich orientierten Gesellschaften

auf engstem Raum abgespielt. Doch im 16. Jahrhundert schlug man plötzlich neue Wege ein. Heute hat der Kapitalismus unser aller Leben bis in die feinsten Verästelungen des Alltags durchdrungen. In ihrem Werk beschreibt die Historikerin Appleby die Entwicklung unseres Wirtschaftssystems von den Anfängen bis zur Neuzeit.

**Nachbarschaftsrecht**

Gerber/ Nasemann  
Brosch., 190 S., 19,80 Euro  
Haufe Verlag, ISBN 978-3-648-00371-8

Nachbarschaftsrecht birgt erhebliches Konfliktpotenzial: 10.000 Gerichtsverfahren im Jahr sind der Beweis. Laute Musik, wuchernde Sträucher oder qualmende Grills – zwei Rechtsexpertinnen von „Haus und Grund“ haben einiges an Streitigkeiten zusammengetragen. Das Buch ist eine praktische Hilfe mit Tipps und Tabellen und mit allen Tools und Materialien auf CD.

**Die Zwangseinquartierung**

Anke Müller de Rot  
Paperback, 64 S., 7,90 Euro  
Verlag Isensee, ISBN 978-3-89995-617-7

Das Buch schildert die Geschichte einer sechsköpfigen Familie, die 1947 von der britischen Militärbehörde aus ihrer Oldenburger Wohnung vertrieben und bei einer dreiköpfigen Familie zwangseinquartiert wurde. Die Autorin ist auch Vorsitzende des MIT-Arbeitskreises „FiM – Frau im Mittelstand“ Oldenburg, dem einzigen Zusammenschluss dieser Art in Deutschland.

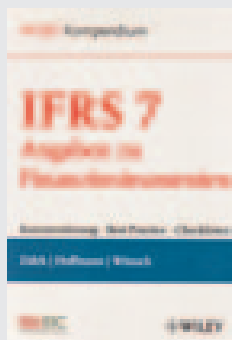
**BÜCHER****Spielend führen lernen**

Geb., 170 Seiten, 16,90 Euro  
Wiley Verlag  
ISBN 978-3-527-50539-5

Einfacher und anschaulicher kann man unterschiedliche Aspekte von guter Führung nicht erklären. Spielzeuge sind Modelle des Lebens und bereiten uns auf leichte Art und Weise auf das Leben vor. Das Buch behandelt die wichtigsten Bestandteile von guter Führung, unter anderem die Themen Kommunikation, Präsentation, Strategie, Ethik, Coaching, Visionen und Leitbilder.

**IFRS 7****Angaben zu Finanzinstrumenten**

Geb., 237 S., 69,- Euro  
Wiley Verlag  
ISBN 978-3-527-50547-0



IFRS 7 beschäftigt sich mit den Anhangangaben zu Finanzinstrumenten gemäß IAS 39. Der Standard ist branchenunabhängig von allen Unternehmen anzuwenden, die nach IFRS bilanzieren. Die Deutsche

Prüfstelle für Rechnungslegung hat IFRS 7 als Schwerpunkt für zukünftige Prüfungen festgelegt. Unternehmen müssen daher fürchten, dass ihnen Fehler nachgewiesen werden.

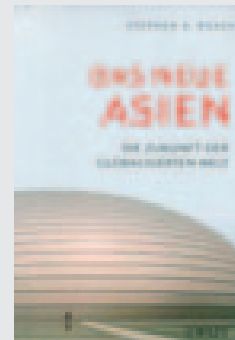
**Jahrbuch Steuern**

Haarmann  
411 Seiten, 69,- Euro  
Verlag Recht und Wirtschaft  
ISBN 978-3-8005-2084-8

Dieses Buch fasst die Themen der Haarmann Steuerkonferenz in Berlin zusammen. Die Themen werden anhand praktischer Fälle dargestellt, denen sich eine Lösungsskizze anschließt. Fachleute finden hier viele aktuelle Themen des deutschen und internationalen Steuerrechts.

**Das neue Asien**

Stephen Roach  
Geb., 482 S., 39,90 Euro  
Wiley Verlag  
ISBN 978-3-527-50569-2



Obwohl es scheint, als habe China und damit ganz Asien die Finanzkrise ohne allzu viel Schaden überstanden, ist es vielleicht momentan noch zu früh, um alle Wachstumshoffnungen auf

Asien zu projizieren. China ist nach Meinung des Autors noch weit davon entfernt, für das stark geschädigte Amerika die Rolle des Wachstumsmotors zu übernehmen.

**Unsere Gewinner aus Heft 6-2011**

Sigrid Grützner-Jost, Eiterfeld; Schiedeck, Nürnberg; Annerose Bayerle, Ingolstadt; Henriette Koppenhoefer, Frankenthal, Frank Lemmen, Krefeld

## Energiewende – ein Konjunkturprogramm für den Mittelstand

Beim Vortragsabend mit dem Thema „Förderprogramme für mittelständische Unternehmen“ konnte die Kreisvorsitzende Sandra Schnarrenberger zwei hochkarätige Gäste begrüßen. Sowohl der Direktor der KfW-Bank Dr. Stefan Breuer als auch der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und stellvertretende Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag Dr. Georg Nüßlein, MdB, sprachen zu den Unternehmern. Es sollte bei diesem Gesprächsabend weniger darum gehen, einzelne Förderprogramme vorzustellen und zu diskutieren, sondern vielmehr darum, die Unternehmer zu sensibilisieren, an welchen Stellen sie Förderungen für Ihre Firmen bekommen können.

Dr. Breuer sprach über die Ziele der KfW-Bank und die Leit-

funktion bei der Bewilligung von Förderungen, bzw. bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen. Er unterstrich die Verantwortung bei Existenzgründungen, um den Mittelstand nicht in eine Kreditklemme geraten zu lassen. In diesem Fall übernimmt der Bund teilweise die Risiken sowie die Haftung und bietet auf diese Weise direkte Unterstützung für den Mittelstand.

Die politische Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen sei bedeutend für die Unterstützung des Mittelstandes, unterstrich auch Dr. Nüßlein. Er sieht eine große Chance darin, dass die Energiewende, wie sie mit dem gerade auf den Weg gebrachten „Gesetz zur steuerlichen Förderung energetischer Wohngebäudesanierung“ geschaffen wurde, Konjunkturprogramm für den Mittelstand werden könne.

## Bärenstark erfolgreich

Die Firmengruppe Haaf GmbH - namentlich ihr Gründer Josef Haaf - ist mit dem Mittelstandspreis 2011 des CSU-Kreisverbandes Würzburg ausgezeichnet worden. Dr. Andreas Scheuer, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, hat das vorbildliche unternehmerische Wirken Haafs gewürdigt und ihm unter anhaltendem Applaus der 150 Gäste in der Musikhalle ein von Harald Schmauser eigens geschaffenes Gemälde überreicht. Die Bezirksvorsitzende der Mittelstandsunion Jutta Leitherer wies auf die hohe Bereitschaft gerade mittelständischer Unternehmen

hin, auch in Krisenzeiten Mitarbeiter zu halten. Staatssekretär Dr. Scheuer erinnerte daran, dass die Firmengruppe Haaf beim Ausbau der Autobahn A3, näherhin beim Abbruch alter Brücken beteiligt ist. Er lobte die „interessante Wertschöpfungskette der verschiedenen Sparten mit hohen Synergieeffekten“ und das zukunftsweisende Engagement im Bereich Geothermie. Josef Haaf bedankte sich herzlich für die Auszeichnung. Das Erreichte hänge nicht an einer Person, sondern am Einsatz seiner verlässlichen Mitarbeiter und seiner Ehefrau Petra sowie der Söhne.

## Mittelstands-Union stärkt Präsenz in Europa

Der MU-Vorsitzende Hans Michelbach, MdB, gratuliert Siegmur Kühn zur Wahl zum Vize-Präsidenten der Small and Medium Entrepreneurs Union (SME UNION): „Mit Siegmur Kühn hat die SME UNION eine hervorragende Wahl getroffen. Wir sind sehr stolz, dass die Mittelstands-Union auf Europäischer Ebene weiter so hochklassig vertreten ist.“ Die SME UNION ist der europäische Dachverband der MU. Sie vereint die wirtschaftspolitischen Flügel der Parteien der European People's Party (EPP) mit derzeit 75 Mitglieds-

partei. Ab 1. August 2011 nimmt das neu gewählte Führungsgremium unter der Präsidentin Nadezhda Neynsky, MdEP (ehemals Außenministerin von Bulgarien), seine Arbeit auf. Zum Präsidium gehören nun als Vize-Präsident Siegmur Kühn und als weiteres Präsidiumsmitglied Bernhard Kösslinger. Schwerpunkte Ihrer Arbeit in Brüssel sehen Sie in der Korrektur ordnungspolitisch widersinniger Finanzmarktregeln und Ratingverfahren, der Beförderung einer mittelstandsgerechten Normenpolitik sowie einer ausgewogenen Wirtschaftsförderung.



Siegmar Kühn, Nadezhda Neynsky und Bernhard Kösslinger (von links)



Unser Foto zeigt von links: Edwin Engert, 2. Bgm. Kirchheim (Unterfranken); Paul Lehrieder, MdB; Preisträger Josef Haaf; Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer, MdB; Peter Deppisch, MU-Kreisvorsitzender Würzburg-Land; Jutta Leitherer, MU-Bezirksvorsitzende Unterfranken

## Erinnerung an 50 Jahre Mauerbau

Die Hessische Landesvertretung erinnert mit einer eindrucksvollen Veranstaltungsreihe an den 50. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1961. Zeitzeugen, Theologen, Politiker und Historiker kommen zu Wort und „leisten einen Beitrag, der Generation der Nachgeborenen diese deutsche Freiheitsgeschichte wach zu halten.“ so Hessens Minister für Bundesangelegenheiten, Michael Boddenberg.

### Die weiteren Veranstaltungen:

7.9.:

Gott hat geholfen – Christen im Widerstand

28.9.:

Aufarbeitung von Diktaturen im internationalen Vergleich

12.10.:

Als die Mauer Risse bekam

19.10.:

Freiheit – Quelle menschlichen Handelns

30.11.:

Einheit in Freiheit – die Hoffnung für Korea

Alle Veranstaltungen finden in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

Info: [www.hessen-erinnert.de](http://www.hessen-erinnert.de)

## Unternehmensnachfolge in der Region

Im Rahmen der MIT-Reihe „Aktuelles aus der Region für mittelständische Unternehmen“ konnte die MIT Braunschweig den Projektleiter Thomas Kausch für einen Vortrag zum Thema „Unternehmensnachfolge in der Region“ gewinnen. Die Projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH hat als Wirtschaftsförderer vor knapp drei Jahren eine Nachfolgebörse ins Leben gerufen und bringt Unternehmen und Nachfolger zusammen. „Wir verfügen über einen Pool“, so Kausch „in dem sowohl die Übergabe-Betriebe als auch die potenziellen Nachfolger geführt werden.“ Dort stehen von den Nachfolge-Interessierten Qualifikations- und von den Unternehmen Unternehmensprofile zur Verfügung, um die richtigen Partner zusammen zu führen. Den „Matchingprozess“ begleitet die REGION BRAUNSCHWEIG GMBH und unterstützt dabei auch die Unternehmen finanziell bei der Erstellung einer Kaufpreisabschätzung bzw. eines kurzen Exposé zum Unternehmen.

## „Music and Lifestyle“ bei der MIT Berlin

In außergewöhnlichem Ambiente, im direkt an der Spree gelegenen Music and Lifestyle Hotel nhow, tagte der MIT-Landesvorstand Berlin. Vor Beginn der Sitzung hatten die Mitglieder die Möglichkeit, das von Star-Designer Karim Rashid entworfene Interieur in Augenschein zu nehmen und in eine gänzlich andere Welt einzutauchen. Die Teilnehmer zeigten sich vor allem von den 32 Meter frei über der Spree schwebenden Tagungsräumen und den Musikstudios, den zahlreichen gebotenen Möglichkeiten für ausgefallene Events und dem gesamten Flair des von Ser-

gei Tchoban entworfenen Gebäudekomplexes beeindruckt. „Kreativität spürt man in jedem Winkel in diesem Hotel“, so der MIT-Landesvorsitzende Martin Sattelkau.



Der Berliner MIT-Landesvorstand besichtigt auf der Landesvorstandssitzung ein Tonstudio im Music and Lifestyle Hotel nhow.

## Unternehmen mit Tradition



Geführt vom langjährigen Firmenchef und jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden Egon König, besuchte die MIT Wetterau das Karbener Traditionsunternehmen König & Neurath. Der 78-jährige König, ein Unternehmer der alten Schule, gab den Besuchern zunächst einen Überblick über das 1925 von seinem Großvater gegründete Unternehmen. Sigrid Blehle, die Vorsitzende der MIT Wetterau, war besonders beeindruckt von der außergewöhnlichen Fertigungstiefe des Unternehmens: Nur ganz wenige Vorerzeugnisse

und Dienstleistungen werden extern bezogen, fast alles - einschließlich der Werkstatt und Lackiererei für die Lkw-Flotte - wird von den eigenen Mitarbeitern gemacht. Egon König, der das operative Tagesgeschäft inzwischen seinen Vorstandsmitgliedern überlässt, lässt es sich nicht nehmen, jeden Morgen durch das Unternehmen zu gehen und das Gespräch mit den Mitarbeitern zu suchen - eine mittelständische Tugend, die man bei den anwesenden MITlern mit Freude vernahm.

Die MIT Wetterau beim Traditionsunternehmen K&N



## EU-Weißbuch Verkehr 2050

Unter dem Vorsitz von Steffen Bilger, MdB, und Peter Ibbeken beschäftigte sich die MIT-Kommission für Verkehr, Infrastruktur, Maritime Wirtschaft und Logistik in ihrer jüngsten Sitzung mit dem EU-Weißbuch Verkehr 2050. Gemeinsam mit Veronika Bellmann, MdB, Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages und Berichterstatterin für europäische Verkehrspolitik, und Dr. Kay Lindemann, stellvertretender Geschäftsführer des Verbands der Automobilindustrie e.V. (VDA), diskutierten die Mitglieder der Kommission über die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, bestehende Infrastrukturhemmnisse und ambitionierte Klimaschutzziele.





### Kommission Ordnungspolitik in Straßburg

Die Kommission Ordnungspolitik unter dem Vorsitz von Frank Gotthardt besuchte das Europäische Parlament in Straßburg, um sich insbesondere mit der europäischen Ordnungs- und Wettbewerbspolitik zu befassen. Dabei kam sie mit dem Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper und seinem bayerischen Kollegen Manfred Weber ins Gespräch.

### Demographische Entwicklung in der Diskussion

Die MIT Bielefeld und ihr Kreisvorsitzender Norbert Knauer luden MIT-Mitglieder und interessierte Gäste zu einem Stammtisch mit einem besonderen Themenschwerpunkt ein. Auf der Agenda stand die Demographische Entwicklung und Planung als Strategie für die Stadt Bielefeld. Als Gastreferentin konnte der MIT-Kreisverband Susanne Tatje gewinnen, die bei der Stadt Bielefeld das Projekt „Demographische Entwicklungsplanung“ leitet. Insbesondere sechs Handlungsfelder werden nach Auffassung von Tatje angesichts der demographischen Entwicklung zukünftig eine besondere Rolle spielen. Dies sind die Bereiche Bildung, Integration von Zuwanderern, Wohnen und Stadtentwicklung, Familienpolitik, Gesundheit und Wirtschaft.

## Mittelstand beim Jazz-Frühstück

Der MIT Kreisverband Böblingen und sein Kreisvorsitzender Rudolf Preiß luden zum 11. Jazz-Frühstück in das Brauhaus der

Schönbuchbräu ein. Die musikalische Begleitung gestaltete das Duo Country & Western Music mit Frisco Fritz und der Chansonsängerin Bettina Kästle. Hans-Dieter Schühle hatte für den MIT-Kreisverband die Organisation der Veranstaltung übernommen und bot gemeinsam mit dem MIT-Neumitglied Hansjörg Jung

allen Gästen eine Test-Rundfahrt mit dem Buick-Oldtimer, Baujahr 1955.



Moderator Hans-Dieter Schühle dankt dem Duo Country & Western Music für ihren gelungenen Auftritt

## Eckwertepapier zur Mittelstandspolitik

„Der Mittelstand, die kleinen und mittelgroßen Firmen, Betriebe, Handwerksmeister und Angehörigen der Freien Berufe in Dörfern, Städten und Gemeinden, ist das eigentliche Kraftwerk für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes. Er bietet Ausbildungsplätze, ist regionaler Arbeitgeber und oft ehrenamtlich engagiert. Daraus folgt: Nachhaltiges Wachstum – sichere Beschäftigungsperspektiven – solider Wohlstand – zukunftsfähige Innovationen – Unternehmergeist! All das kann es nur geben, wenn der Rahmen des wirtschaftlichen Handels dem Mittelstand genug Raum bietet für die freie Entfaltung seiner Kräfte und Talente.“

Der Mittelstand braucht Freiheit, nicht Gängelung. Er braucht Leitplanken, aber keine Stoppschilder. Das erfordert Mut zu einfachen, klaren und unbürokratischen Regelungen. Diese Grundsätze haben wir unserem Positionspapier für ein neues Hessisches Mittelstandsgesetz zugrunde gelegt“, sagten die mittelstandspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Judith Lannert, und der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Walter Arnold, anlässlich der Vorstellung der „Eckwerte der CDU-Fraktion für ein Hessisches Mittelstandsgesetz“. Es soll das bisherige „Gesetz zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen der hessischen Wirtschaft“ aus dem Jahre 1974 ersetzen, das Ende des Jahres ausläuft.

Auf Grundlage des Eckwertepapieres solle nun eine breite Erörterung mit Verbänden und Institutionen erfolgen. „Wir wollen die Grundzüge der hessischen Mittelstandspolitik klar und deutlich festlegen. Das Gesetz muss in erster Linie den kleinen und mittleren Firmen und Betrieben in den hessischen Städten und Gemeinden dienen und so Arbeitsplätze und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichern. An diesem Anspruch werden wir uns jetzt in den Gesprächen messen lassen“, so Lannert und Arnold.

## Klausurtagung der MU Oberbayern in Hamburg

Zur diesjährigen Klausurtagung trafen sich die Vorstandsmitglieder der MU Oberbayern mit ihrem Vorsitzenden Alexander Radwan, MdL, in Hamburg. Beim Vortrag eines auf Speziallackierungen ausgerichteten Unternehmers erfuhren die Teilnehmer, welchen Herausforderungen sich ein mittelständischer Betrieb in der Zusammenarbeit mit dem Flugzeugbauer Airbus stellen muss. Die immensen Ingenieursleistungen beim Bau der Airbus-Flugzeuge wurden bei einer Werksbesichtigung aus nächster Nähe bestaunt. Neben den The-

men Energieversorgung, Steuerpolitik und Bürokratiewust diskutierten die zahlreich angereisten Mittelständler auch über die Ausführungen des Bundesvorsitzenden der MIT, Dr. Josef Schlarmann. Stoff zum regen Meinungsaustausch lieferten auch die kenntnisreichen Einblicke in das Hamburger Wirtschaftsleben von Dr. Philipp Steinwänder, Schatzmeister der MIT Hamburg. Steinwänder unterstrich die Bedeutung des geforderten Elbausbaus für den Hafenstandort Hamburg.



Die Mitglieder des MU-Bezirksvorstands Oberbayern vor dem Airbus Super-Guppy, der dem Transport von Flugzeugteilen dient

## Bundeswehrreform und Neuwahlen

„Die Bundeswehrreform mit der Abschaffung des Ersatzdienstes wirkt sich schon nach kurzer Zeit auf mittelständische Unternehmen und Einrichtungen in unserer Region aus“, berichtete Herbert Raab, alter und neuer Kreisvorsitzender der MU Aschaffenburg Stadt und Land, bei der Kreisversammlung mit Neuwahlen. Zu seinen Stellvertretern wählten die Mitglieder Dr. Norbert Schollek und Dr. Peter Watzlaw. Als Schriftführer fungiert Rudolf Ellenrieder, als Schatzmeister Otto Grünewald.

In seinem Bericht forderte Raab eine Befreiung der kleinen Kapitalgesellschaften von der Pflicht zur Offenlegung ihrer Jahresabschlüsse: „Das Argument des Gläubigerschutzes mag für kapitalmarktorientierte Großunternehmen sinnvoll sein, nicht jedoch für kleine mittelständische Gesellschaften“, sagte Raab. Die Fälligkeit der Sozialabgaben wieder hinter den Lohnzahlungstermin zu verschieben, um den in der Finanzmarktkrise in Liquiditätsschwierigkeiten geratenen mittelständischen Betrieben zu helfen, benannte er als weitere Forderung des MU-Kreisverbandes Aschaffenburg. Bei künftigen Kommunalwahlen sollten die Parteien mehr Mittelständler für die Arbeit in den Kommunalparlamenten und somit mehr Fach- und Sachkompetenz heranziehen.

### MU-Mitglied radelt quer durch Europa

Martin Krick, Kreisvorstandsmitglied der MU Memmingen, hatte sich viel vorgenommen. Er hat im Rahmen einer Friedenstour 6300 km auf dem Fahrrad zurückgelegt. Von der Normandie fuhr er über Paris, Oberhausen, Berlin, Danzig, Kaunas, Riga, Moskau, Kazan und Perm nach Jekaterinburg am Uralgebirge. Er durchquerte somit das gesamte europäische Kriegsgebiet des zweiten Weltkrieges. Ziel der Tour war das Einwerben von Spenden für Friedensdorf International, die sich seit 1967 um Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten auf der ganzen Welt kümmern.

## München-Land mit neuem Vorsitzenden

Rudolf Denzel heißt der neue Kreisvorsitzende der MU München-Land. Einstimmig wurde er auf der Jahreshauptversammlung im Gasthof zur Post in Aschheim gewählt. Die bisherige Vorsitzende Katrin May, die zehn Jahre lang an der Spitze der MU stand, fungiert ab sofort als seine Stellvertreterin. Damit haben sie und Denzel letztlich nur die Positionen getauscht. „2001 haben wir einen völlig brachliegenden Verein angenommen und erst einmal alle Karteileichen aussortiert“, sagte der bisherige Vize und jetztige Kreisvorsitzende Denzel in Asch-

heim. „Das war eine undankbare und harte Arbeit, die jedoch auf den ersten Blick gar nicht aufgefallen ist.“

Kontinuierlich habe May seit dieser Zeit an der MU gearbeitet, viele Veranstaltungen oder Firmen-Besuche organisiert. Allein in den vergangenen fünf Jahren seien 18 neue Mitglieder beigetreten, im vergangenen Jahr vier.

Die MU München-Land ist auch der gastgebende Kreisverband für die Landesversammlung der MU am 24. September im Feststadl Aschheim.

## Mißfelder bei der MIT Unna



Philipp Mißfelder MdB (Foto 4.v.l.) zu Gast bei der Jahreshauptversammlung der MIT Unna

„Die Union sollte sich wieder auf Ihre Kernkompetenzen in Wirtschaft, Finanzen und Innere Sicherheit besinnen“. Mit dieser Aussage leitete Philipp Mißfelder seine Rede vor der MIT Unna ein. Frank Murmann wurde auf der Versammlung erneut als MIT-Kreisvorsitzender gewählt. Seine Stellvertreter wurden Kornelia Dithmer und Friedrich

Westhelle. Als Schatzmeisterin wurde Sabine Saatkamp und als Schriftführerin Annette Adams gewählt. Stellvertretender Schriftführer ist Friedhelm Mennicken, Geschäftsführer Wolfgang Groll und als Beisitzer fungieren Dr. Hubert Brinkschulte, Willi Neuhaus, Georg Laurenz, Marco Morten Pufke, Thomas Pool und Franz Sängner.

## Deutschland braucht gesunde Senioren

Deutschland braucht gesunde und leistungsfähige Senioren. Das war die Botschaft der 4. Gesundheitspolitischen Fachtagung, die die MIT Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Bund Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. im kurfürstlichen Schloss in Mainz veranstaltete.

Die demografische Entwicklung erreicht nun den Arbeitsmarkt zu einem Zeitpunkt, an dem die Nachfrage nach Mitarbeitern im Zuge der Konjunktur wieder zunimmt. Schon klagen verschiedene Branchen über einen Mangel an Fachkräften und Ingenieuren. Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland stellen sich darauf bis heute nicht schnell und konsequent genug ein.

Julia Klöckner, Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz und Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium beschrieben die große politische und gesellschaftliche Aufgabe, die Älteren im Zuge der

demografischen Entwicklung als unerlässliche Leistungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft einzubeziehen. Dr. Jens Christian Baas, Vorstand der Techniker Krankenkasse, Dr. med. Wolfgang Blank und Dr. med. Jürgen Commeßmann, Wacker Chemie AG und Klaus Kober in Vertretung des verhinderten Prof. Dr. Erich Kröger, Vorsitzender des Deutschen Seniorenrings, schilderten eindringlich die Aufgaben der medizinischen Versorgung, der Prävention und des beispielhaften Check 60plus. Mit der Lebenserwartung verlängert sich auch die Leistungsfähigkeit.

Prof. Dr. Ursula Lehr, führende Altersforscherin und ehemalige Bundesfamilienministerin, Hansjörg Eger, Oberbürgermeister der Stadt Speyer, Eberhard Gienger, MdB, und Dr. Christoph von Rothkirch, bdbv, beleuchteten die Aktionsfelder in Wirtschaft und Gesellschaft, in denen Engagement und Wertschöpfung aktiver Senioren gebraucht werden.

## Bleibt der Euro stabil?

Das Gesetz der Nachhaltigkeit gelte sowohl für die Politik als auch für die Wirtschaft, machte der Ravensburger MIT-Kreisvorsitzende Wolfgang Habisreutinger bei einer Veranstaltung mit über 250 Gästen deutlich. Zu ihnen gehörten u.a. MIT-Bundesvorstandsmitglied Oswald Metzger, der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Andreas Schockenhoff und der CDU-Landtagsabgeordnete Rudolf Köberle. Als Gastredner konnte die MIT Ravensburg Professor Dr. Joachim Starbatty gewinnen, der einen Vortrag zum Thema „Platz der Euro?“ hielt.

## Zigarrenindustrie zu Gast bei der MIT

Im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen MIT Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen und dem Bundesverband der Zigarrenindustrie e.V. (BdZ) standen die aktuellen Herausforderungen der deutschen Zigarrenindustrie. „Die deutsche Zigarrenindustrie ist von kleinen und mittelständischen Betrieben geprägt. Diese befinden sich fast ausnahmslos in Familieneigentum und blicken häufig auf eine über 100-jährige Tradition am Standort Deutschland zurück“, erläuterte Peter Wörmann, Vorsitzender des BdZ. „Große Sorgen bereiten den Traditionsunternehmen die zunehmende Verbotskultur in Deutschland und die geplanten gesetzlichen Restriktionen, insbesondere auf EU-Ebene in Brüssel“, betonte Bodo Mehrlein, Geschäftsführer des BdZ.



Im Gespräch über die wirtschaftliche Zukunft der Zigarrenindustrie (v.l.n.r.): Bodo Mehrlein, Hans-Dieter Lehnen und Peter Wörmann

## LESER SCHREIBEN

Sehr geehrte Redaktion,

in der Juni Ausgabe haben Sie in verschiedenen Beiträgen die Verzweiflung über die Politik der Bundesregierung deutlich gemacht. Damit haben Sie die Sorgen ausgedrückt, die viele Mitglieder bewegen. Es gibt ja kaum noch einen Politikbereich, in dem man eine christliche und ordnungspolitische Linie bei Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erkennen kann, wie diese sich in Jahrzehnten nicht nur bewährt, sondern auch die Grundlagen zum Wohlstand unseres Staates gelegt haben. Diese Berechenbarkeit in Grundfragen schenkte Vertrauen in die CDU/CSU und führte zu entsprechenden Erfolgen bei den Wahlen. Den Vertrauensvorschuss, den die Wähler Frau Merkel und ihrem Team gegeben haben, wurde und wird mit jedem Tag mit neuen kaum noch erklärbaren Entscheidungen verspielt. Die einen wählen lieber gleich Grün, die anderen überspringen gleich die SPD und landen bei den „Linken“. Beide will offenbar Frau Merkel mit ihrer „Damenmannschaft“ mit deren Themen noch überholen. Die „Männer“, die gerade noch in dieser Mannschaft geduldet werden, sind doch noch kaum sicht- oder hörbar.

Wenn man die Zahlen ansieht, dann gehen die CDU-Wähler von gestern entweder überhaupt nicht zur Wahl oder wählen Grün, da die FDP ja auch keine Alternative mehr ist. So sehr die MIT auch das richtige in der Zeitschrift sagt, so hat man den Eindruck, dass dies Frau Merkel überhaupt nicht interessiert. Da haben die „Grauen Eminenzen“ im Hintergrund ganz offensichtlich mehr Einfluss und haben/hatten die Chancen, die eigentliche Politik dieser und vergangener Regierungen zu beeinflussen. Dies führt dann zu einem „Einheitseintopf“, der einfach nicht schmeckt und krank macht.

Nur als Ergänzung der Hinweis auf Milliardenausgaben für Maßnahmen wie: *Gleichstellungsbeauftragte mit einem riesigen Verwaltungsaufwand plus der Kosten für Prozesse und Kosten in den einzelnen Firmen; Thema „Gender-Mainstream“: Damit wir in Zukunft nicht mehr wissen sollen, was „Männchen und Weibchen“ ist, werden Millionen für Werbematerial, Schulbücher, Seminare und Plakate ausgegeben! Das geht alles auf Kosten der Familien, der Firmen, der Schulen. Und diese Regierung verschleudert die Steuergelder für Maßnahmen und Behörden mit hochbezahlten Funktionären und Beratern! Wenn kritische Kommentare zur Homosexualität gemacht werden, dann ist dies Homophobie und strafbar. Wenn Menschen gegen Abtreibung friedlich protestieren, lässt sie diese Regierung praktisch schutzlos gegenüber den gewaltbereiten Gegendemonstranten.*

Bekanntermaßen beginnt „der Fisch am Kopf an zu stinken“. Hier haben wir als MIT eine wichtige Aufgabe, damit es wieder aufwärts geht. Da muss aber als Werkzeug etwas anderes in die Hand genommen werden als ein „Staubwedel“.

Suchen Sie sich geeignetes Werkzeug. Das wünsche ich mir und Ihnen für ein erfolgreiches Wirken.

Kurt Hottinger  
63225 Langen

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor.

Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com



Rolf Delhougne, Vorsitzender des MIT-Kreisverbandes Düren / NRW, des mit über 600 Mitgliedern zweitgrößten bundesweit, überreichte Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin eine Resolution zur Energiewende. Darin wird gefordert, für entsprechende politische und rechtliche Rahmenbedingungen zu sorgen, um mittelständischen Unternehmen bei der Energiewende zu neuen Chancen zu verhelfen

## Gebührenordnungen für Heilberufe regelmäßig anpassen

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) stellt fest, dass Gebührenordnungen für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker regelmäßig auf den Prüfstein zu stellen und Anpassungen vorzunehmen sind. „Gebührenordnungen müssen regelmäßig an Leistungsinhalte und -bewertungen angepasst werden. Nur durch kontinuierliche Überprüfung in kurzen Zeitabständen ist Transparenz des Leistungsgeschehens sowie Rechtssicherheit bei der Kostenkalkulation garantiert“, sagt Dr. Rolf Koschorrek, MdB, Vorsitzender der MIT-Bundeskommision Gesundheitspolitik.

Koschorrek hebt hervor, dass eine Aktualisierung der Gebührenordnungen für die privatärztliche bzw. privat Zahnärztliche Behandlung und die Medikamentenversorgung der Bevölkerung an die medizinische und wirtschaftliche Entwicklung längst überfällig ist: „Die derzeit gültigen Gebührenordnungen sind veraltet und werden dem grundrechtlich gesicherten Anspruch der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker auf ein angemessenes Honorar nicht gerecht. Die Gebührenordnung für Ärzte wurde 1983 in Kraft gesetzt. Die Gebührenordnung für Zahnärzte stammt aus dem Jahr 1988. Eine Anpassung im Hinblick auf die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten, der Löhne und Gehälter erfolgte seither nicht. Damit verfehlen die Gebührenordnungen das gesetzlich vorgegebene Ziel, die Gebühren für ärztliche Leistungen an die medizinische und wirtschaftliche Entwicklung anzupassen“, unterstreicht der Gesundheitspolitiker.

Die MIT-Gesundheitspolitiker appellierten an die Bundesregierung, für die Sicherstellung dieser ordnungspolitischen Prüfsteine zu sorgen und den Verwaltungsaufwand im Gesundheitswesen durch den Abbau gesetzlicher Vorschriften und Verordnungen zu reduzieren. Formale Vorgaben der Gebührenordnungen sind nur insoweit zwingend vorzugeben, wie es die Transparenz in der Beziehung zwischen Patient und Heilberufler erfordert.

## NAMEN SIND NACHRICHTEN

### Marie-Luise Dött mit Floriansplakette geehrt

MIT-Bundesvorstandsmitglied Marie-Luise Dött MdB wurde mit der Floriansplakette des Nordrhein-Westfälischen Handwerks und des Schornsteinfeger-Handwerks 2011 ausgezeichnet. Die Auszeichnung würdigt Dötts langjähriges Engagement für Mittelstand und Handwerk, ihren Einsatz für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft und ihren pragmatischen Ansatz für eine nachhaltige Umweltpolitik.

### MIT Sachsen

Der 42jährige selbständige Geschäftsführer Dr. Markus Reichel wurde zum neuen Landesvorsitzenden der MIT Sachsen gewählt. Der Dresdner Bundestagsabgeordnete Andreas Lämmel kandidierte nicht mehr als Landesvorsitzender. Als Stellvertreter wählten die Delegierten den wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Frank Heidan MdL, Erik Hofmann und Rainer Kiank. Als Schatzmeisterin wurde Kathleen Dostmann gewählt. Dr. Markus Reichel hat sich viel vorgenommen: „Viele Aufgaben wird die MIT Sachsen in der kommenden Zeit angehen. Dabei hilft auch das beschlossene neue MIT-Programmpapier mit Positionen und Forderungen zu den Themen Wirtschafts-, Bildungs-, Energie- und Umwelt- aber auch zur Steuer- und Familienpolitik.“

### MIT Darmstadt-Dieburg

Die Mitgliederversammlung der MIT Darmstadt-Dieburg hat sich einstimmig für Ralph Pittich als neuen Vorsitzenden ausgesprochen. Unter der Sitzungsleitung des MIT-Bezirksvorsitzenden Oliver Roeder wurden auch die weiteren Vorstandspositionen einstimmig neu gewählt. Olaf Gries bleibt Stellvertreter und unterstützt den Vorstand zusätzlich als Schriftführer. Nicole Sauerwein-Pittich bekam als neue Schatzmeisterin das Vertrauen für die Kassenführung ausgesprochen. Holger Kahl und Dr. Martina Domeyer ergänzen als Beisitzer den Vorstand. Auch die bewährten Kassenprüfer Wilfried Hajek und Dr. Heinz Strnad wurden in ihrer Funktion bestätigt.

### MIT Fulda

Winfried Rippert wurde für weitere zwei Jahre als Vorsitzender der MIT Fulda gewählt. Ihm stehen Jürgen Diener, Heike Kleemann und Veit Küllmer als Stellvertreter zur Seite. Schriftführer wurde Gerhard Schüler und Schatzmeister wurde Hans-Dieter Alt. Den Vorstand komplettieren die Beisitzer Stefan Darnieder, Stefan Heumüller, Paul Himmelmann, Marcus Jäger, Reinhard Kolb, Patricia Micheel-Sprenger, Jürgen Weber und Helmut Will.

### MIT Karlsruhe

Die MIT Karlsruhe hat Gregor Wick erneut zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter sind Steffen Schmid und Inka Sarnow.

### MIT Mettmann

Wolfgang Leyendecker wurde einstimmig als Kreisvorsitzender der MIT Mettmann bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Dr. Bernd-Josef Schlothmann und Sandra de Clerque gewählt. Wiedergewählt zum Geschäftsführer wurde Guido Wacker. Schatzmeister sind erneut Michael Kümhof und Folke Schmelcher. Als Beisitzer arbeiten in dem Vorstand künftig Ursula Erdelen-Schäfer, Gabriele Hackel, Johannes Paas, Helmut Raschke und Manfred Tydecks mit. Für besondere Verdienste ehrte der Vorsitzende die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Hermann Blum, Herbert Kümper und Bernd Roller mit der silbernen Ehrennadel der MIT.

### MIT Offenbach

Der neue Vorsitzende der MIT Offenbach ist Hans Wameling. Ihm stehen als Stellvertreter Klaus Bodensohn, Dr. Hans-Joachim Leonhardt und Roland Walter zur Seite. Schriftführerin wurde Kirsten Fries und Schatzmeister wurde Christoph Rupp. Als Beisitzer wurden Dr. Karl-Josef Dörr, Günter Froneberg, Andreas Montag, Michael Poeschel, Anja Fröhlich, Harry Krönung und Siegward Kunze gewählt.

### MIT Rhein Neckar

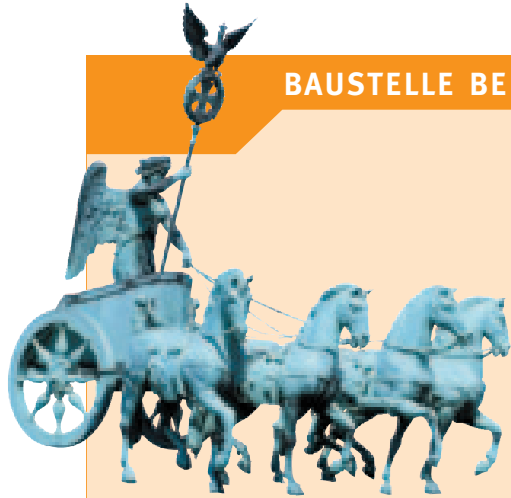
Die MIT Rhein Neckar hat Frederik Decker erneut zum Vorsitzenden gewählt. Die neuen Stellvertreter sind Carola Schardt, Malte Kaufmann und Christian Wanner, der auch gleichzeitig die Funktion der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernimmt. Finanzreferentin ist Jutta Hilswicht. Als Beisitzer wurden Harald Schneider, Heinz Erck, Michael Franz, Volker Gerstner, Thomas Möller, Arthur Söhner und Andreas Türmer gewählt. Eine besondere Ehrung mit Präsent für langjährige Vorstandsarbeit erhielten Ernst Straub und Peter Cavallo.

### MIT Stuttgart

Mit über 95 Prozent der Stimmen wurde Dr. Carl-Christian Vetter als Vorsitzender der MIT Stuttgart bestätigt. Esther Fingerle, Marcus Gneitung und Harald Weith sind zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Cornelia Link kümmert sich weiterhin als Schatzmeisterin um die Finanzen und Ute Dick um die Pressearbeit. Schriftführerin wurde Angelika Harm. Die neu eingeführte Internetbetreuung liegt in den Händen von Ionannis Dimas. Zwölf Beisitzer vervollständigen den neuen Vorstand.

### MIT Teltow-Fläming

Nach über zehn Jahren gibt Hermann Kühnapfel den MIT-Kreisvorsitz der MIT Teltow-Fläming an Harald Uhlig ab. Als seine Stellvertreter stehen ihm in den nächsten zwei Jahren Dirk Steinhäuser und Dr. Ralf von der Bank zur Seite. Den Kreisvorstand ergänzen Arnim Gaertner, Karin Mayer und Tanja Skutnik-Gaertner als Beisitzer. Hermann Kühnapfel bleibt dem Kreisvorstand als Schatzmeister erhalten.



## BAUSTELLE BERLIN

### Liebe MIT-Streiter,

gähnende Leere im Regierungsviertel: Seitdem die Politik Mitte Juli in die Sommerfrische gegangen ist, haben die Hauptstadttouristen Berlin-Mitte übernommen. Zum Ende der ersten Halbzeit der mit so hohen Erwartungen und Vorschusslorbeeren ausgestatteten Wunschkoalition von Union und FDP sahen sich Fernsehzuschauer und Zeitungsleser noch einem Bombardement von Interview und Meldungen ausgesetzt.

Am Tiefpunkt der Union in der Wählergunst (lt. ARD-Deutschlandtrend) mit 32 % ließ die Kanzlerin ihre Partei via TV wissen, dass sie 2013 nochmals antritt. Unterdessen verriet ihr augenblicklicher SPD-Widerpart und virtueller Kanzlerkandidat „Pöbel-Peer“ (BILD-Zeitung) Steinbrück, dass er lieber Finanzminister in Griechenland werden möchte als noch einmal in einem von Kanzlerin Merkel geführten Kabinett seinen Dienst zu verrichten. Sein neues Buch hat übrigens den Titel „Unterm Strich“. Sein lautes Ich-Gedöns werden wir auf der Baustelle Berlin in der Sommerpause gewiss nicht vermissen.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder bemühte unterdes in einem Interview die Fußballsprache: „Keine Frage, wir haben in der ersten Halbzeit des Spiels nicht immer gut ausgesehen. Aber die zweite Hälfte kommt jetzt.“ Und als der werbe Leser gerade neue Zuversicht zu geschöpft hatte, stürzte Kauder ihn eine Zeitungsspalte weiter in eine tiefe Depression: „Wir haben ein paar unveränderliche Grundsätze. Ich nenne die Soziale Marktwirtschaft und das christliche Menschenbild. In den politischen Tagesfragen sind wir pragmatisch.“

Aha – andere nennen so etwas Orientierungslosigkeit und Erdung. So mahnte der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel: „Wer es mit der CDU gut meint, folgt nicht blind jedem Kurs.“ Nötig sei vielmehr eine „weitsichtige, vertrauensvolle, berechenbare, wirklichkeitsnahe und werteorientierte Politik“. Letztes Zitat Teufel: „Es kommt mehr denn je auf glaubwürdige Persönlichkeiten in Partei und Parlament an.“ Hm – sehr doppeideutig, Herr Teufel.

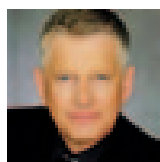
In einem Essay für die WELT schrieb die Publizistin Cora Stephan: „Unter Angela Merkel ist die CDU eine Partei geworden, die sich dem Wohl der Menschheit verschrieben hat. Für die einstige Volkspartei mag das schwierig sein, für das Land ist es dramatisch. Wer glaubt, wir würden von Stümpern regiert, irrt sich womöglich. Es ist weit schlimmer.“

Zu Beginn der Sommerpause möchte ich noch mit einer bewussten Sprach-Verwirrung aufräumen: Steuersenkungen, Herr Finanzminister, sind kein Geschenk des Staates an seine Untertanen. Wenn wir die kalte Progression und den Mittelstands- und Facharbeiterbauch im Steuertarif beseitigen, so handelt es sich um eine Vermeidung weiterer, ständiger Steuererhöhungen. Die Akribie, die unsere Fiskalpolitiker aufwenden, um zu verhindern, dass diese eklatante Ungerechtigkeit im Steuersystem beseitigt wird, wünschen wir uns von ihnen, wenn es um Ausgaben-erhöhungen geht.

Ich wünsche Ihnen, liebe MIT-Streiter, einen schönen Urlaub.

[baustelle@mittelstand-deutschland.de](mailto:baustelle@mittelstand-deutschland.de)

### DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

### IMPRESSUM

## MittelstandsMagazin

#### Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

#### Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH  
Geschäftsführer Günter F. Kohl  
Gärtnerkoppel 3  
24259 Westensee  
Telefax: 04305 / 992 993  
E-Mail: [info@mitmagazin.com](mailto:info@mitmagazin.com)  
[www.mitmagazin.com](http://www.mitmagazin.com)

#### Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)  
E-Mail: [gk@mitmagazin.com](mailto:gk@mitmagazin.com)

#### MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)  
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22  
E-Mail: [jantz@mittelstand-deutschland.de](mailto:jantz@mittelstand-deutschland.de)

#### Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar  
[rechtsfragen@mitmagazin.com](mailto:rechtsfragen@mitmagazin.com)

#### Titelfoto

Pitopia

#### Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH  
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee  
Brigitte Kohl  
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993  
E-Mail: [anzeigen@mitmagazin.com](mailto:anzeigen@mitmagazin.com)

#### Anzeigenverkauf

Verlagsvertretung Getz,  
Nielsen I, II, VI, VII  
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09  
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,  
Nielsen III a, III b, IV, V  
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20

#### Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel  
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66  
E-Mail: [wk@mitmagazin.com](mailto:wk@mitmagazin.com)

#### Druck

Evers-Druck GmbH  
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

#### Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:  
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft  
zur Feststellung der  
Verbreitung von  
Werbeträgern e. V. (IVW)

**Wenn Sie wissen wollen,  
was auf Sylt los ist!**

# die insel

6,- EURO

Sylt 2011 – Das Magazin von Sylt über Sylt

*Tolle Fotos*  
**Wo Sylt am  
schönsten ist**

*Neu + aktuell*  
**Gastro-Tipps für  
Lecker-Schmecker**

*Insel-Tierwelt*  
**Alles, was läuft, fliegt  
und schwimmt**

*Kinder, Kinder*  
**Geschichten, Rätsel  
und Termine**

**EXTRA ZUM HERAUSNEHMEN**  
**Die Karte der Insel**



ADRESSEN  
TIPPS SCHL  
SURF-LEGE  
KURTAXE M  
SHUTTLE S  
FRAU AN S  
FÜHRUNG  
DÜNENLEF  
ESSEN & T  
INSEL-CIR  
SPITZENK  
STEINE A  
HUNDEU  
TOP TEN  
WANDER  
BEAUTY  
KINDER  
PREISE  
HORIZO  
URLAU  
FREUD  
SCHLA  
MENS

ANSTALTUNGEN  
INFOS GOURMET  
DER ESSKLASSE  
D LEUTE KARTEN  
N TRAUM-BILDER  
H KULINARISCHES  
KINDER-PARADIES  
ALTUNGS-TERMINE  
DE WOCHENENDE  
D 10 BESTEN BARS  
NACHTSCHWÄRMER  
RESTAURANTS VON  
GOURMET REZEPTE  
RITT ÜBER DIE INSEL  
LLE LAUFSTRECKEN  
LLNES NACHTLEBEN  
ITEN NORDSEE-QUIZ  
HOTELS SEEHUNDE  
UND KÖRPERPFLEGE  
EN-TISCHGESPRÄCHE  
BAR WEINE EIN OBER-  
N EXTRA POSTKARTEN  
EMIL NOLDE NORDSEE

**... alles in die insel**

**die insel**

Gärtnerkoppel 3

24259 Westensee

E-Mail: die.insel@t-online.de

**Ich bestelle die insel 2011**

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ:

Wohnort:

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)



*Neu und einzigartig -*

# 4 neue Fischepezialitäten

Die Schwarze Serie mit den edlen Fischarten  
Zander und Buttermakrele



*Howesta*



Rügen Fisch AG - Straße der Jugend 10 - 18546 Sassnitz

Tel.: 03 83 92-6 00 - Fax: 03 83 92-3 20 41

E-Mail: [info@ruegenfisch.de](mailto:info@ruegenfisch.de)

[www.ostseefisch.com](http://www.ostseefisch.com) - [www.ruegenfisch.de](http://www.ruegenfisch.de) - [www.howesta.de](http://www.howesta.de)